

## **TO-1** Tagesordnung

Antragsteller\*in: Landesvorstand  
Tagesordnungspunkt: 1. Tagesordnung

### 1 **Samstag, 10. Dezember 2016**

#### 2 **Beginn: 10:30 Uhr**

3 TOP 1 Eröffnung, Formalia

4 TOP 2 Für eine offene und solidarische Gesellschaft

- 5 • Antrag L-1 "Für eine offene und solidarische Gesellschaft – gegen den
- 6 Hass"

7 TOP 3 Rechenschaftsbericht Landesvorstand

8 TOP 4 Finanzen

- 9 • Antrag F-1 "Erhöhung des Beitragsanteils der Kreisverbände an den
- 10 Landesverband ab 2017"

- 11 • Antrag H-1 "Haushalt 2017"

12 TOP 5 Wahlen zum Landesvorstand

- 13 • Wahl Geschäftsführender Landesvorstand

14

- 15 – Antrag W-1 "Wahlverfahren Wahl Geschäftsführender Landesvorstand"

- 16 • Wahl Erweiterter Landesvorstand

17

- 18 – Antrag W-2 "Wahlverfahren Wahl Erweiterter Landesvorstand"

19 TOP 6 Anträge

- 20 • Antrag A-1 "Einrichtung einer Arbeitsgruppe '2030'"

- 21 • Antrag A-2 "Kooperationen zwischen Hochschulen und Drittmittelfinanzierern
- 22 transparent gestalten: Wissenschaftsfreiheit, und demokratische
- 23 Entscheidungsprozesse wirksam absichern"

- 24 • Antrag A-3 "Erleichterter Zugang zu Leistungen des SGB 1-12. Buch"

### 25 **Sonntag, 11. Dezember 2016**

#### 26 **Beginn: 9:30 Uhr**

27 TOP 7 Wahlversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017

- 28 • Antrag W-3 "Wahlverfahren Wahlverfahren zur Aufstellung der Landesliste
- 29 zur Bundestagswahl 2017"

30 TOP 8 Bundestagswahlkampf 2017

31 TOP 9 Wahlen Bundesgremien und EGP:

- 32 • Delegierte zum Länderrat

- 33 • Delegierte zum Bundesfrauenrat
- 34 • Delegierte zum Bundesfinanzrat
- 35 • EGP-Delegierte
- 36 TOP 10 Verschiedenes

## **Begründung**

erfolgt mündlich

## **TO-1NEU** Tagesordnung - NEU

Antragsteller\*in: Landesvorstand  
Tagesordnungspunkt: 1. Tagesordnung

1 **Samstag, 10. Dezember 2016**

2 **Beginn: 10:30 Uhr**

3 TOP 1 Eröffnung, Formalia

- 4 • Antrag W-1 "Wahlverfahren Wahl Geschäftsführender Landesvorstand"
- 5 • Antrag W-2 "Wahlverfahren Wahl Erweiterter Landesvorstand"

6 TOP 2 Für eine offene und solidarische Gesellschaft

- 7 • Antrag L-1 "Für eine offene und solidarische Gesellschaft – gegen den  
8 Hass"

9 TOP 3 Rechenschaftsbericht Landesvorstand

10 TOP 4 Finanzen

- 11 • Antrag F-1 "Erhöhung des Beitragsanteils der Kreisverbände an den  
12 Landesverband ab 2017"
- 13 • Antrag H-1 "Haushalt 2017"

14 TOP 5 Wahlen zum Landesvorstand

- 15 • Wahl Geschäftsführender Landesvorstand
- 16 • Wahl Erweiterter Landesvorstand

17 TOP 6 Klimaschutz nach Marrakesch

- 18 • Bericht zu Marrakesch
- 19 • D-2 "Paris 2015 – Marrakech 2016: Der Schutz unseres Klimas beginnt in  
20 Rheinland-Pfalz"

21 TOP 7 Anträge

- 22 • Antrag A-1 "Einrichtung einer Arbeitsgruppe '2030'"
- 23 • Antrag A-2 "Kooperationen zwischen Hochschulen und Drittmittelfinanzierern  
24 transparent gestalten: Wissenschaftsfreiheit, und demokratische  
25 Entscheidungsprozesse wirksam absichern"
- 26 • Antrag A-3NEU "Diskriminierungsfreier und erleichterter Zugang zu  
27 Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern"

28 **Sonntag, 11. Dezember 2016**

29 **Beginn: 9:30 Uhr**

30 TOP 8 Wahlversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017

- 31 • Antrag W-3 "Wahlverfahren Wahlverfahren zur Aufstellung der Landesliste  
32 zur Bundestagswahl 2017"

33 TOP 9 Bundestagswahlkampf 2017

34 TOP 10 Wahlen Bundesgremien und EGP:

- 35 • Delegierte zum Länderrat

- 36 • Delegierte zum Bundesfrauenrat

- 37 • Delegierte zum Bundesfinanzrat

- 38 • EGP-Delegierte

39 TOP 11 Verschiedenes

## Begründung

erfolgt mündlich

## **W-1** Wahlordnung für die Wahl des Geschäftsführenden Landesvorstandes

Tagesordnungspunkt: 1. Tagesordnung

### 1 **§ 1 [Allgemeine Regeln]**

- 2 1. Kandidaturen sind bis zum Schluss der BewerberInnenliste für die jeweilige  
3 Position durch den/ die WahlleiterIn möglich. Diese ist spätestens zu  
4 Beginn der jeweiligen Vorstellungsrunde zu schließen.
- 5 2. Die Plätze werden in der Reihenfolge: Landesvorsitzende,  
6 LandesvorsitzendeR, LandesschatzmeisterIn gewählt.

### 7 **§ 2 [Regelung für Vorstellungen]**

- 8 1. Die BewerberInnen haben je insgesamt 10 Minuten Redezeit, davon 8 für ihre  
9 Vorstellungsrede und 2 Minuten zur Beantwortung von Fragen.
- 10 2. Die Vorstellungsreden erfolgen in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen  
11 der BewerberInnen.
- 12 3. An die BewerberInnen können nach ihren Vorstellungsreden Fragen gestellt  
13 werden. Fragen können für die jeweiligeN BewerberInnen während diese ihre  
14 Vorstellungsrede halten in die Wortmeldeboxen eingeworfen werden.
- 15 4. Für die Fragen an die BewerberInnen müssen die vorbereiteten Frage-  
16 Formulare benutzt werden. Fragen richten sich immer an einzelne  
17 BewerberInnen, wer Fragen an mehrere BewerberInnen stellen will, muss  
18 dementsprechend mehrere Frageformulare ausfüllen.
- 19 5. Für jedeN BewerberIn werden bis zu 3 Fragen ausgelost.
- 20 6. Die ausgelosten Fragen werden vom Präsidium vorgelesen.
- 21 7. Zur Beantwortung stehen jedem/jeder BewerberIn insgesamt 2 Minuten  
22 Redezeit zur Verfügung. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in umgekehrter  
23 alphabetischer Reihenfolge.

### 24 **§ 3 [Ablauf der Wahlen]**

- 25 1. Die Wahlen sind geheim und erfolgen in getrennten Wahlgängen.
- 26 2. Im ersten Wahlgang ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen,  
27 gültigen Stimmen auf sich vereinigen kann. Erreicht dies niemand, so  
28 findet im zweiten Wahlgang eine Stichwahl zwischen den beiden  
29 BewerberInnen mit den meisten Ja-Stimmen des ersten Wahlgangs statt.  
30 Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen, gültigen Stimmen auf  
31 sich vereinigen kann. Falls auch in diesem Wahlgang das erforderliche  
32 Quorum nicht erreicht wird, ist im dritten Wahlgang gewählt, wer die  
33 meisten Stimmen erhält.
- 34 3. Bei Stimmengleichheit wird maximal zwei Mal eine Stichwahl durchgeführt,  
35 sollte es also insgesamt drei Mal eine Stimmengleichheit geben,  
36 entscheidet das Los. Eine Stichwahl ist nur gültig, wenn nicht mehr als  
37 ein Drittel der gültigen Stimmen Stimmenthaltungen oder Nein-Stimmen sind.

38 **§ 4 [Inkrafttreten, Änderungen]**

- 39 1. Diese Wahlordnung tritt mit ihrer Annahme durch die Landesdelegiertenver-  
40 sammlung in Kraft.
- 41 2. Sie tritt außer Kraft, wenn sie aufgehoben oder durch eine neue  
42 Wahlordnung ersetzt wird. Dies kann nicht während der Wahlen des  
43 Geschäftsführenden Landesvorstands geschehen.

**Begründung**

erfolgt mündlich.

## **W-2** Wahlordnung für die Wahl des Erweiterten Landesvorstandes

Tagesordnungspunkt: 1. Tagesordnung

### 1 **§ 1 [Allgemeine Regeln]**

1. Kandidaturen sind bis zum Schluss der BewerberInnenliste durch den/ die WahlleiterIn möglich. Diese ist spätestens zu Beginn der jeweiligen Vorstellungsrunde zu schließen.

### 5 **§ 2 [Regelung für Vorstellungen]**

1. Die BewerberInnen haben je insgesamt 6 Minuten Redezeit, davon 4 für ihre Vorstellungsrede und 2 Minuten zur Beantwortung von Fragen.
2. Die Vorstellungsreden erfolgen in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen der BewerberInnen.
3. An die BewerberInnen können nach ihren Vorstellungsreden Fragen gestellt werden. Fragen können für die jeweiligeN BewerberInnen während diese ihre Vorstellungsrede halten in die Wortmeldeboxen eingeworfen werden.
4. Für die Fragen an die BewerberInnen müssen die vorbereiteten Frage-Formulare benutzt werden. Fragen richten sich immer an einzelne BewerberInnen, wer Fragen an mehrere BewerberInnen stellen will, muss dementsprechend mehrere Frageformulare ausfüllen.
5. Für jedeN BewerberIn werden bis zu 3 Fragen ausgelost.
6. Die ausgelosten Fragen werden vom Präsidium vorgelesen.
7. Zur Beantwortung stehen jedem/jeder BewerberIn insgesamt 2 Minuten Redezeit zur Verfügung. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in umgekehrter alphabetischer Reihenfolge.

### 22 **§ 3 [Ablauf der Wahlen]**

1. Zuerst wird über die Bewerberinnen auf Vorschlag der in der Satzung benannten Gruppen für die quotierten Plätze entschieden. Anschließend über die gesamten quotierten Plätze. Danach wird über die Bewerberinnen und Bewerber auf Vorschlag der in der Satzung benannten Gruppen für die offenen Plätze entschieden. Anschließend über die gesamten offenen Plätze.
2. In jedem Wahlgang hat jedeR Delegierte so viele Stimmen wie Plätze zu vergeben sind. Mehrfachnennungen einer Bewerberin/eines Bewerbers sind nicht möglich.
3. Im ersten und zweiten Wahlgang sind die BewerberInnen mit den meisten Stimmen gewählt, wenn sie mehr als die Hälfte der abgegebenen, gültigen Stimmen auf sich vereinigen können. Im zweiten und den folgenden Wahlgängen kann nur antreten, wer im vorangegangenen Wahlgang mehr als 10% der abgegebenen gültigen Stimmen erhalten hat. JedeR Delegierte hat so viele Stimmen wie Plätze unbesetzt geblieben sind.

- 37 4. Im dritten Wahlgang reicht die relative Mehrheit der Stimmen, sofern  
38 mindestens ein Drittel der abgegeben gültigen Stimmen auf eineN BewerberIn  
39 entfällt. Sollten nach dem dritten Wahlgang Plätze nicht besetzt sein,  
40 folgt ein neuer erster Wahlgang.

41 **§ 3 [Inkrafttreten, Änderungen]**

- 42 1. Diese Wahlordnung tritt mit ihrer Annahme durch die  
43 Landesdelegiertenversammlung in Kraft. Diese bedarf der absoluten Mehrheit  
44 der Stimmen.
- 45 2. Sie tritt außer Kraft, wenn sie aufgehoben, durch eine neue Wahlordnung  
46 ersetzt oder der Erweiterte Landesvorstand abgeschafft wird.
- 47 3. Änderungen der Wahlordnung sind mit der absoluten Mehrheit der Stimmen auf  
48 schriftlichen Antrag möglich. Dies gilt nicht, wenn die Wahl des  
49 Erweiterten Landesvorstands bereits begonnen hat.

## Begründung

erfolgt mündlich.



**L-1** Für eine offene und solidarische Gesellschaft – gegen den Hass

Antragsteller\*in: Landesvorstand, Tabea Rößner (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen),  
Dr. Bernhard Braun (KV Ludwigshafen), Anne Spiegel (KV Speyer)  
Tagesordnungspunkt: 2. Für eine offene und solidarische Gesellschaft

1 Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten werden immer lauter, in Europa und den  
2 USA zeichnet sich ein rasanter politischer Wandel ab. Weg von den  
3 Errungenschaften der Aufklärung, der Freiheit, Gleichberechtigung und  
4 Demokratie. Mit Nationalismus, Rassismus, Populismus statt Fakten haben  
5 diejenigen Konjunktur, die mit Hass, Vorurteil und Gewalt emotionale  
6 Stimmungsmache betreiben. Ein Jahr vor der Bundestagswahl muss das mehr als ein  
7 Weckruf für uns sein: Es ist ein Fanal der Bedrohung für die Gesellschaft, in  
8 der wir leben. Wir werden uns entschieden und mit aller Kraft gegen das wehren,  
9 was in den USA, Europa, Deutschland und Rheinland-Pfalz aufzieht. Es gilt für  
10 uns GRÜNE, für die demokratischen Parteien in Deutschland, ebenso wie für die  
11 vielen aufgeklärten und liberalen Menschen in unserer Gesellschaft: Wir werden  
12 die Errungenschaften unserer offenen und solidarischen Gesellschaft verteidigen!

13 Die Populistinnen und Populisten bauen ihren Erfolg auf Ängste und Vorbehalte  
14 gegenüber aktuellen politischen Herausforderungen auf. Aber es gibt auch  
15 fundamentale Ablehnung von Politikerinnen und Politikern, Medienvertreterinnen  
16 und -vertretern, von Regierungen und vielen anderen staatlichen und  
17 gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren. Angst ist aber der perfekte  
18 Nährboden für deren rechtspolitisches und letztendlich rechtsextremes Saatgut.  
19 Die AfD hat sich diese Entwicklung zu Nutze gemacht. Sie schwimmt auf einer  
20 Welle von Vorurteilen, Emotionen, Stimmungsmache gegen Flüchtlinge und Pseudo-  
21 Fakten. Sie hetzt gegen Minderheiten, das angeblich korrupte System, die so  
22 diffamierte ‚Lügenpresse‘ und das ‚linksgrünversifft‘ Establishment. Damit hat  
23 sie es geschafft, in zehn Landtage einzuziehen und sich dort teilweise als  
24 drittstärkste Fraktion zu etablieren.

25 In Rheinland-Pfalz leben hunderttausende Menschen aus unterschiedlichsten  
26 Ländern schon lange friedlich und glücklich zusammen. Wir dürfen aber die Augen  
27 nicht davor verschließen, dass die AfD mit ihren Parolen auch bei uns verfängt.  
28 Sie sorgt für den Nährboden, auf dem rechte Gewalttaten keimen. Bundesweit, aber  
29 auch in Rheinland-Pfalz, haben im letzten Jahr die Zahlen rechter Straftaten  
30 enorm zugenommen. Es ist alarmierend, dass die Zahl der von Rechtsextremen  
31 verübten Straftaten in Rheinland-Pfalz von 2014 auf 2015 um 180 auf 701 stark  
32 gestiegen ist. Dass Menschen, deren Aussehen eine andere Herkunft vermuten  
33 lassen könnte, inzwischen wieder in Deutschland Angst haben müssen vor rechten  
34 Gewalttaten, ist für uns alle beschämend.

35 Auch hier in Rheinland-Pfalz hat sich das bei der vergangenen Landtagswahl  
36 gezeigt. 268.628 Wählerinnen und Wähler haben der AfD ihre Zweitstimme gegeben.  
37 Sie ist nun drittstärkste Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag. Ihre Arbeit  
38 im Landtag zeigt jedoch: Dieser Partei ist es überhaupt nicht daran gelegen,  
39 einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Auch Fakten interessieren sie nicht. Sie  
40 konzentriert sich allein auf das Schüren von Ängsten und Ressentiments. Die AfD  
41 erzeugt negative Stimmungen und Gefühle in dem sie Minderheiten angreift. Sie  
42 unterstellt pauschal Flüchtlinge kriminelle Absichten, sie will alle Kinder zum  
43 morgendlichen Fahnenappell antreten lassen und hält Kindertagesstätten für

44 Indoktrinationsanstalten für Kinder. Sie will den verhassten öffentlich-  
45 rechtlichen Rundfunk und die Medienvielfalt abschaffen, eine Gebärquote für  
46 Frauen in das Grundgesetz schreiben oder Homosexualität wieder verpönen. Viele  
47 der Forderungen aus den Reihen der AfD sind mit unseren Grundwerten und auch mit  
48 unserem Grundgesetz nur schwer oder gar nicht vereinbar. Gleichzeitig  
49 überschreitet die AfD in ihren Verlautbarungen regelmäßig die Grenzen des  
50 demokratischen Diskursverhaltens und betreibt eine Verrohung der Sprache.

51 Einwanderungspolitik ist aber längst nicht das einzige Thema für  
52 Rechtspopulistinnen und -populisten. Die AfD will die Lebensverhältnisse jedes  
53 und jeder einzelnen reglementieren und die freie Entfaltung des Individuums  
54 beschneiden. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wurde hier in Partei  
55 gegossen. Für sie spielt es eine Rolle, woher Du kommst, welche Religion, welche  
56 Hautfarbe, welche sexuelle Orientierung oder Identität Du hast und ob Du eine  
57 Frau oder ein Mann bist. Allein aus der Zugehörigkeit zu einer bestimmten  
58 gesellschaftlichen Gruppe begründet die AfD eine ungleichwertige Behandlung  
59 durch politische Rahmensetzungen. Diese Ideologie der Ungleichwertigkeit von  
60 Menschen und das Ausspielen gesellschaftlicher Gruppen gegeneinander bedroht  
61 unseren gesellschaftlichen Zusammenhalt.

62 Aber noch etwas macht uns Sorge: Die AfD hat es weitgehend geschafft sich von  
63 der bisher üblichen Mediennutzung der Menschen unabhängig zu machen. Sie ist  
64 nicht angewiesen auf Sendezeit im Fernsehen, im Rundfunk oder Bilder in der  
65 Zeitung. Sie nutzt zielgenau soziale Medien und rechte Netzwerke vor Ort um ihre  
66 Hassparolen zu den Menschen zu bringen. Sie geht sogar noch weiter: Niemand  
67 anderes geht so radikal gegen Presse und Journalistinnen und Journalisten vor.  
68 Die AfD will so genannte ‚Systemmedien und Lügenpresse‘ einschüchtern, ihre  
69 Legitimation untergraben, die Glaubwürdigkeit von einzelnen Medien oder  
70 Journalistinnen und Journalisten herabsetzen. Ungezügelter Hetze in sozialen  
71 Medien, neue rechte Akteure wie der Compact-Verlag oder das vom Kreml  
72 finanzierte Russia Today Deutschland verbreiten dies in einer Deutlichkeit und  
73 Reichweite, wie wir das aus dem vergangenen US-Präsidentenwahlkampf aus den USA  
74 gelernt haben. Ihr Ziel ist eine gleichgeschaltete Medienlandschaft, die einer  
75 Ideologie folgend Meinungsmache betreibt. Das heißt: Die AfD verfolgt kein  
76 anderes Ziel als die Abschaffung der Pressefreiheit in Deutschland.

77 Der Umgang mit der AfD stellt nicht nur für uns GRÜNE und alle demokratische  
78 Parteien, sondern auch für die Medien eine besondere Herausforderung dar. Es  
79 gilt, sich mit ihr gezielt auseinanderzusetzen, ohne ihnen jedoch eine Plattform  
80 für plumpe Hetze und Propaganda zu bieten. Dabei müssen wir uns alle immer  
81 wieder bewusst machen: Die AfD ist keine übliche demokratische Partei. Sie nutzt  
82 gezielt rechte und populistische Argumentationen, die tiefgreifend offen gelegt  
83 werden müssen. Wir brauchen in der Politik und in den Medien eine  
84 Auseinandersetzung über die inhaltlichen Ziele der AfD und deren Folgen für  
85 unsere Gesellschaft.

86 Wir müssen damit umgehen und daraus lernen, dass die Rechtspopulistinnen und -  
87 populistinnen von allen Gesellschafts- und Bildungsschichten gewählt werden können.  
88 Es wäre falsch, alle ihre Wählerinnen und Wähler unter einen rechten  
89 Generalverdacht zu stellen. Jedem, der bei den vergangenen Wahlen Parteien wie  
90 der AfD seine oder ihre Stimme gab, muss aber bewusst sein: Er oder sie hat eine  
91 Partei gewählt, die unser demokratisches System und unsere freiheitlichen  
92 Grundwerte angreift und in ihren Grundfesten verändern will.

93 Letztlich geht die Entstehung der AfD auch auf den Unmut vieler mit den Parteien  
94 zurück. Selbstkritisch müssen sich alle die Frage stellen, wer etwas dazu  
95 beigetragen hat, dass die AfD bei Wahlen so erfolgreich sein kann. Politik  
96 verfällt oft ins Dozieren, wo eigentlich Argumente entlang menschlicher  
97 Erfahrungen und Empathie gefragt wären. Politikerinnen und Politiker verweisen  
98 gerne auf das Grundgesetz, aber erklären nicht, warum etwas richtig oder falsch  
99 ist. Mit unseren GRÜNEN Inhalten sind wir die zentrale Zielscheibe dieser neuen  
100 Rechten. Wenn wir ernsthaft über Sorgen und Nöte mit Menschen sprechen möchten,  
101 wenn wir die Spaltung der Gesellschaft nicht unbewusst noch vertiefen wollen,  
102 dann müssen wir, aber auch alle anderen demokratischen Parteien sich  
103 hinterfragen. Denn ernsthaft über Sorgen und Nöte sprechen heißt, die Menschen  
104 auch ernst zu nehmen. Ernstnehmen bedeutet aber nicht rechte Ressentiments zu  
105 akzeptieren, sondern auf die Probleme zu reagieren. Das muss uns besser gelingen  
106 als es in der Vergangenheit der Fall war. Alle demokratischen Parteien müssen  
107 überlegen, wie sie ihre Haltung gegenüber allen Menschen besser, positiver und  
108 optimistischer zum Ausdruck bringen können

109 Aber wir dürfen jetzt nicht darin verharren, uns nur selbst zu hinterfragen. Wir  
110 müssen schnellstmöglich vereinbaren, wie wir mit den Menschen in den Dialog  
111 treten. Und es dann auch konsequent tun.

112 Wenn wir für Vertrauen in unsere Demokratie werben wollen, müssen wir dies dort  
113 tun, wo die Gesellschaft zusammen kommt. Dann dürfen wir nicht in unseren  
114 eigenen Strukturen verhaftet bleiben. Wir GRÜNE wollen uns dort stärker  
115 einbringen, wo die Menschen sind.

116 Auch unser Wahlkampf wird sich auf die neuen politischen Entwicklungen  
117 einstellen müssen. Im Bundestagswahlkampf 2017 werden wir Grüne zeigen, dass wir  
118 bereit sind für die offene und solidarische Gesellschaft zu kämpfen und mit  
119 unseren Argumenten zu überzeugen. Aber ebenso sind wir bereit, uns auf andere  
120 Perspektiven einzulassen.

121 Es ist aber nicht nur eine Frage des Umgangs miteinander, wir müssen auch am  
122 gesunkenen Vertrauen in die Problemlösungskompetenz der Politik arbeiten. Die  
123 soziale Ungleichheit in Deutschland wird immer größer, der Klimawandel schreitet  
124 ungebremst fort und der demografische Wandel stellt uns vor riesige  
125 Herausforderungen auf unterschiedlichsten Politikgebieten. Aber immer mehr  
126 Menschen trauen es keiner Partei mehr zu, diese Probleme auch lösen zu können.  
127 Auch das ist ein Nährboden für Parteien und Politikerinnen und Politiker, die  
128 mit scheinbar einfachen Lösungen den Menschen vorgaukeln etwas bewegen zu  
129 können. Es ist unsere Aufgabe diese komplexen Herausforderungen anzunehmen und  
130 neben einer optimistischen Haltung auch verständliche politische Projekte zu  
131 entwickeln die zeigen, wie wir Rheinland-Pfalz und Deutschland in Zukunft  
132 gestalten wollen. Die Menschen müssen sich hinter unseren Ideen versammeln  
133 können, weil sie uns vertrauen, dass wir die Probleme im Griff haben.

134 Wir wollen in unserem Land mehr Chancengerechtigkeit für Kinder und Jugendliche  
135 erreichen. Wie wir das in den KiTas, Schulen oder Universitäten erreichen  
136 wollen, das wollen wir besser darstellen. Wir wollen eine gerechtere  
137 Vermögensverteilung und einen leistungsfähigen Staat erreichen. Mit welchen  
138 Methoden wir das erreichen, müssen wir viel besser erklären als bisher. Wir  
139 wollen Deutschland wieder zum Vorreiter im Klimaschutz machen. Warum und wie wir  
140 das schaffen, welchen Beitrag wer dazu leisten soll, das ist unsere  
141 Herausforderung zu erklären. Das zeigt, es geht nicht darum GRÜNE Positionen

142 aufzugeben - im Gegenteil. Wir sind überzeugt, unsere Ideen und Visionen sind  
143 genau heute gefragt, um die Probleme von morgen zu lösen. Aber wir müssen –  
144 gemeinsam mit allen anderen demokratischen Parteien – besser darin werden  
145 Positionen zuzuspitzen, lebenswirklich und auf Augenhöhe mit den Bürgerinnen und  
146 Bürgern darzustellen und zu zeigen, dass wir damit ein gerechteres, ein  
147 ökologischeres und besseres Land schaffen können.

148 Wir wollen aber differenzieren: Den Bürgerinnen und Bürgern wollen wir ein  
149 überzeugendes Angebot machen, wie wir gemeinsam die Zukunft von Rheinland-Pfalz  
150 gestalten möchten. Das gilt aber nicht für den harten Kern der Rassistinnen und  
151 Rassisten, deren erklärtes Ziel der Umsturz unserer gesellschaftlichen Ordnung  
152 ist, die Unterdrückung und Ausgrenzung von Minderheiten als Ziel ausgegeben  
153 haben. Gegen solche Menschen werden wir uns heute und morgen, zu jeder Tageszeit  
154 mit aller Kraft entgegenstellen. Kein Fußbreit den Rassisten in unserer  
155 Gesellschaft! Das ist unsere Grundüberzeugung, hinter der wir uns alle, GRÜNE,  
156 aber auch Verbände, Gewerkschaften, Kirchen und Vereine versammeln. Um diesen  
157 Menschen zu begegnen, brauchen wir auch eine umfangreiche gesellschaftliche  
158 Prävention. Mit dem Netzwerk für Demokratie und Courage, Bildungsprojekten gegen  
159 Rechts und Konzepten gegen Radikalisierung stärken wir den  
160 zivilgesellschaftlichen Widerstand gegen Rassismus und Unterdrückung. Wir werden  
161 die AussteigerInnenprogramme für Rechtsextreme weiter unterstützen, die  
162 Sozialarbeit in den Kommunen und an den Schulen stärken und die kulturelle  
163 Öffnung in allen Bereichen der Gesellschaft vorantreiben.

164 Wir GRÜNE wollen eine offene und solidarische Gesellschaft. Wir setzen uns für  
165 eine Gesellschaft ein, die auf die Freiheit des Individuums setzt und auf  
166 Solidarität für diejenigen, die Unterstützung bedürfen. Es waren die neuen  
167 sozialen Bewegungen und die GRÜNEN, die für viele Freiheiten erfolgreich  
168 gestritten haben und auch weiter streiten werden: Gleichberechtigung von Frauen  
169 und Männern, Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Selbstbestimmung für Menschen  
170 mit Behinderung, Integration von Menschen mit Migrationshintergrund, gleiche  
171 Rechte und Akzeptanz für sexuelle Vielfalt, Eintreten für gesellschaftliche  
172 Minderheiten.

173  
174 Die Aufgabe, die Spaltung der Gesellschaft wieder zu überwinden und das weitere  
175 Durchdringen der Rechtspopulistinnen und -populisten zu stoppen, ist eine  
176 größere Aufgabe als der Gewinn der kommenden Bundestagswahl. Aus den USA wissen  
177 wir aber, welches Desaster ein Hasswahlkampf wie der von Trump in einer  
178 Gesellschaft anrichten kann. Daher werden wir uns mit aller Kraft dafür  
179 einsetzen, dem Hass und der Ausgrenzung Mut und Haltung entgegenzusetzen. Wir  
180 wollen diejenigen sein, die sich schützend vor Menschen stellen, die Angst vor  
181 Übergriffen oder Ausgrenzung haben. Für diese Werte werden wir im anstehenden  
182 Bundestagswahlkampf auf die Straße gehen. Wir scheuen nicht die  
183 Auseinandersetzung mit den Rechtspopulistinnen und Rechtspopulisten, aber wir  
184 werden sie auf Grundlage unserer eigenen Werte führen. Denn letztlich geht es um  
185 ein einziges großes Ziel: Um den Fortbestand unserer offenen lebendigen  
186 Demokratie und freiheitlichen Werteordnung.

## Begründung

(Hinweis: Der Antrag ist eine Weiterentwicklung des von der LDV in Montabaur vertagten Antrags A-2 "Für eine offene und solidarische Gesellschaft – Rechtspopulismus entschieden entgegentreten.")

Begründung erfolgt mündlich.

## **Unterstützer\*innen**

Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Siggie Hardieß (KV Westerwald), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Brian Huck (KV Mainz), Ingrid Bäumlner (KV Mayen-Koblenz), Christian Viering (KV Mainz), Janosch Littig (KV Mainz), David Tondera (KV Koblenz), Eberhard Wolf (KV Mainz-Bingen), Pia Werner (KV Bad Dürkheim), Daniel Köbler (KV Mainz), Irmel Münch-Weinmann (KV Speyer), Katrin Donath (KV Altenkirchen), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler)

## **F-1** Erhöhung des Beitragsanteils der Kreisverbände an den Landesverband ab 2017

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: 4. Finanzen

- 1 Die LDV möge beschließen:
- 2 Der Beitragsanteil der Kreisverbände an den Landesverband wird ab 2017 auf 3,04€
- 3 pro Mitglied und Monat erhöht. Dies entspricht dem Beitragsanteil des
- 4 Bundesverbandes für 2017.

### **Begründung**

#### **Begründung:**

Seit dem Jahr 2000 wurde der Beitragsanteil an den Landesverband nicht mehr erhöht. Die Kosten und Anforderungen der Landesebene steigen jedoch kontinuierlich, nicht nur die Personal- und Geschäftsbetriebskosten sondern auch die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit und Wahlkämpfe. Durch die finanziellen Einbußen aufgrund des letzten Landtagswahlergebnisses braucht der Landesverband zur Sicherung seiner Handlungsfähigkeit die Unterstützung aller Ebenen.

Die Beiträge der Mitglieder sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, die Durchschnittsbeiträge in Rheinland-Pfalz liegen mit 10,93€ allerdings an drittletzter Stelle, nur in Sachsen-Anhalt und im Saarland liegen sie noch darunter. Um unsere Eigeneinnahmen zu erhöhen und uns unabhängiger von stattlichen Leistungen und

Spenden zu machen ist es dringend geboten, unsere Mitgliedsbeiträge in den Kreisverbänden zu erhöhen. In der Satzung haben wir 1% des Netto-Einkommens als Ziel für die Beiträge festgeschrieben, davon sind wir hier in Rheinland-Pfalz noch weit entfernt. Um unseren Kreisverbänden hierfür die notwendige Zeit zu geben haben wir eine Dynamisierung des Beitragsanteils, wie sie auf Bundesebene existiert zum jetzigen Zeitpunkt nicht beantragt. Grundsätzlich halten wir eine solche Dynamisierung jedoch für sinnvoll.

### **Unterstützer\*innen**

Klaus Puchstein (KV Ahrweiler)

## **D-2** Paris 2015 – Marrakech 2016: Der Schutz unseres Klimas beginnt in Rheinland-Pfalz

Antragsteller\*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Manfred Seibel (KV Südwestpfalz), Dietmar Rieth (KV Südwestpfalz), Jutta Paulus (KV Neustadt a.d.W.), Bernd Schumacher (KV Südwestpfalz), Dr. Natalie Wendisch (KV Ahrweiler), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Uwe Diederichs-Seidel (KV Koblenz), Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Hans-Jürgen Lutz (KV Südliche Weinstraße), Jochen Marwede (KV Kaiserslautern-Land), Rupertina Engel (KV Mayen-Koblenz), Patrick Zwiernik (KV Koblenz), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Susanne Schröer (KV Landau), Ingrid Bäumler (KV Mayen-Koblenz), Leo Neydek (KV Rhein-Lahn), Stephanie Burkhardt (KV Donnersbergkreis), Antje Eichler (KV Trier), Peter Kühbach (KV Vulkaneifel), Uller Koenig (KV Vulkaneifel) Andreas Bohlender (KV Koblenz), Wolfgang Hertel (KV Trier-Saarburg), Ingrid Lambertus (KV Mainz), Raik Dreher (KV Ludwigshafen), Ute Wellstein (KV Mainz), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße)

Tagesordnungspunkt: 6. Klimaschutz nach Marrakesch

### 1 Hintergrund:

2 Aktuell ist der arktische Ozean ungewöhnlich warm, die Lufttemperaturen liegen  
3 20°C über dem üblichen Niveau. Es gibt so wenig Polareis wie noch in keinem  
4 November seit Beginn der Satellitenaufzeichnungen. Seit 1979 hat die Dicke,  
5 mehrjährige Eis um 90% abgenommen. Das Schmelzen großer Eisflächen im Norden  
6 verstärkt durch mangelnde Reflexion den Klimawandel. Eine globale Erwärmung von  
7 zwei Grad gilt als Schwelle, bei deren Überschreiten die Folgen des Klimawandels  
8 wie Gletscherschmelzen, Dürren oder Überschwemmungen verheerend wären. Die  
9 Gefahr, dass erste – nicht mehr rückgängig zu machende – „Kipp-Punkte“<sup>1</sup>  
10 überschritten werden, wächst mittlerweile wöchentlich. Der weitere ungebremste  
11 Ausstoß von Treibhausgasen wird diese Trends weiter verstärken und uns alle  
12 teuer zu stehen kommen. Doch noch stärker als uns trifft es diejenigen, die am  
13 wenigsten Schuld an der Veränderung des Weltklimas tragen: die ärmsten Länder  
14 unserer Erde. Das UNHCR rechnet damit, dass 200 Millionen Menschen fliehen  
15 müssen, weil sie durch den steigenden Meeresspiegel und die Ausbreitung von  
16 Wüsten ihre Heimat oder zumindest ihre Ernährungsgrundlage verlieren. Ein  
17 anderes Extrem ist Wassermangel – darunter werden in Afrika bis zum Jahr 2020  
18 voraussichtlich 250 Millionen Menschen leiden.<sup>2</sup>

19 Im Dezember 2015 haben sich 195 Länder in Paris zum ersten Mal auf ein  
20 gemeinsames rechtlich verbindliches Klimaabkommen geeinigt. Etwa ein Jahr später  
21 fand im marokkanischen Marrakech vom 7. bis 18. November 2016 die nächste UN-  
22 Klimakonferenz (UNFCCC, COP 22) statt. Im Pariser Klimaabkommen wurde  
23 vereinbart, *„den globalen Temperaturanstieg deutlich unter zwei Grad im  
24 Vergleich zur vorindustriellen Zeit zu halten und die Anstrengungen zu  
25 verfolgen, den Temperaturanstieg auf 1,5 Grad im Vergleich zur vorindustriellen  
26 Zeit zu begrenzen“*<sup>3</sup>. Auch die globalen Treibhausgasemissionen sollen so schnell  
27 wie möglich den Punkt erreichen, an dem sie nicht weiter ansteigen, im Anschluss  
28 sollen sie zügig reduziert werden. Darüber hinaus kamen die Länder überein, dass  
29 die Industriestaaten in Zukunft arme Staaten beim Klimaschutz und der Anpassung  
30 an die Erderwärmung unterstützen werden. Außerdem versprachen die  
31 Industrieländer in einer begleitenden Entscheidung, im Zeitraum zwischen 2020  
32 und 2025 jährlich 100 Milliarden US-Dollar für arme Länder bereit zustellen,

33 damit diese eine entschlossene Klimaschutzpolitik betreiben und die schädlichen  
34 Folgen des Klimawandels abmildern können.

35 In Marokko sollte diskutiert werden, wie die Ziele des Pariser Abkommens  
36 erreicht werden können und ob Anpassungen des Klimavertrages sinnvoll sind. Die  
37 Finanzierung des Klimaschutzes war ebenso Thema; dabei wurde unter anderem über  
38 die Unterstützung von Entwicklungsländern gesprochen. Von den 195 Staaten, die  
39 sich im vergangenen Dezember in Paris auf den Weltklimavertrag<sup>4</sup> einigten, haben  
40 ihn bisher 113 (Stand: 25.11.2016) ratifiziert. Diese Länder haben sich  
41 verpflichtet, die Ziele des Vertrags umzusetzen. Unter ihnen befinden sich die  
42 Europäische Union, Deutschland, die USA, China und Indien. Leider haben bisher  
43 nur drei dieser Länder auch einen Klimaschutzplan vorgelegt (Deutschland, USA,  
44 Mexiko) und drei weitere haben einen angekündigt. Aber, auch das ist  
45 bemerkenswert, 47 Entwicklungsländer, die sich in der „Gruppe der Verwundbaren“  
46 zusammengefunden haben, haben den vollständigen Ausstieg aus Öl, Gas und Kohle  
47 beschlossen („Climate Vulnerable Forum“, CVF)<sup>5</sup>.

48 Die Vertragsstaaten verpflichten sich, alle fünf Jahre ihre geplanten nationalen  
49 Klimaschutzbeiträge bekannt zu geben. 92 Länder bzw. Länderorganisationen haben  
50 das bisher getan. Beispielsweise haben die USA erklärt, bis 2025 ihre  
51 Treibhausgasemissionen auf 26 bis 28 Prozent unter dem Level von 2005 zu  
52 reduzieren. Allerdings hat der designierte Präsident – ein Klimawandelleugner –  
53 mittlerweile in ersten Erklärungen deutlich geäußert, alle Verträge bzgl.  
54 Klimaschutz prüfen zu wollen, ob sie der US-Wirtschaft und –Industrie schaden.<sup>6</sup>  
55 Zudem will er die Klimaforschung der NASA einstellen lassen. Die Europäische  
56 Union hat sich verpflichtet, bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 40 Prozent  
57 gegenüber dem Stand von 1990 zu senken. Der nach Paris halbwegs ambitionierte  
58 Plan der Bundesumweltministerin Hendrix zur Umsetzung durch die Bundesregierung  
59 wurde vor Marrakech in lockerer Reihenfolge, u.a. maßgeblich durch den  
60 Wirtschaftsminister Gabriel bis zur Unkenntlichkeit (*kein Datum für den*  
61 *Braunkohleausstieg!*) zusammen gestrichen. Greenpeace-Energieexperte Tobias  
62 Austrup: *„Kein Kohleausstieg, keine Klimaziele für die verschiedenen*  
63 *Wirtschaftsfelder, keine ökologische Steuerreform: Mit diesem Lückentext*  
64 *verhöhnt Deutschland den Geist der Pariser Klimakonferenz.“*<sup>7</sup> Barbara Hendricks  
65 wies bereits im Oktober darauf hin, dass: *„... wir das 40-Prozent-Minderungsziel*  
66 *bis 2020 wahrscheinlich nicht ganz schaffen werden, wenn wir nicht zusätzliche*  
67 *Maßnahmen ergreifen.“*<sup>8</sup> DAS war vor den letzten Verschlechterungen der deutschen  
68 Regierungsbeschlüsse ...

69 Bisher haben insgesamt 186 Vertragsparteien, die im Jahr 2010 einen Anteil von  
70 90 Prozent an den globalen Treibhausgasemissionen hatten, »ihre beabsichtigten  
71 nationalen Beiträge eingereicht«. Nach UN-Berechnungen reichen die darin  
72 genannten Maßnahmen allerdings nicht für eine Begrenzung des Temperaturanstiegs  
73 auf zwei Grad. Im Vertrag ist vorgesehen, dass die selbstgesteckten Ziele ab  
74 2023 im Abstand von fünf Jahren geprüft und verschärft werden.

## 75 **Aktueller Stand der Bundesregierung**

76 Statt alle Anstrengungen zu unternehmen, den Klimawandel zu begrenzen, arbeitet  
77 die aktuelle Bundesregierung genau in die entgegengesetzte Richtung:

- 78 • Die Stromwende wird abgewürgt und die EEG-Umlage steigt dennoch ...
- 79 • Die Verkehrswende erschöpft sich in völlig unrealistischen Planspielen  
80 bezüglich Zulassungszahlen von E-Autos. Nichts über Verkehrswende,



81 Verkehrsvermeidung, Ausbau ÖPNV, schon gar nicht zu erforderlichen  
82 steuerlichen Gleichstellung des Flugverkehrs. Vielmehr wird mit jährlich  
83 bis zu 50 Milliarden Euro klima- und umweltschädliches Verhalten in  
84 Deutschland durch Steuernachlässe oder direkte Subventionen "belohnt".

- 85 • Eine Wärmewende gibt es nicht einmal in der Planung geschweige denn in  
86 einer heute schon dringend nötigen Umsetzung
- 87 • Hinzu kommt eine neoliberale EU-Kommission mit Vorgaben (sog.  
88 Beihilferecht)<sup>9</sup>, die zusätzlich einen kompletten Umbau (De-Carbonisierung)  
89 erschwert bzw. verhindert. So soll im derzeit diskutierten „Winterpaket“  
90 der Einspeisevorrang der Erneuerbaren abgeschafft werden.

## 91 **Grüne Positionen**

92 Wir Grüne haben auf unserer BDK in Münster gezeigt, wie wir uns Klimaschutz  
93 vorstellen: Die Ziele „Kohleausstieg bis 2025“ und „Produktionsverbot für  
94 Verbrennungsmotoren (außer aus erneuerbaren Energien) ab 2030“<sup>10</sup> setzen Marken,  
95 die für das Industrieland Deutschland ambitioniert, aber machbar sind. Sie sind  
96 unumgänglich, sollen die nötigen Schritte zur massiven Treibhausgasverringerung  
97 auch nur halbwegs erreicht werden. Wie es auf der BDK richtig auf den Punkt  
98 gebracht wurde: *„Bis 2050 muss Deutschland auf das CO2-Ausstoß-Niveau von  
99 Bangladesch herunter kommen, nicht umgekehrt!“*

100 Wurden in Münster mit den beiden Beschlüssen schon in der Zielvorgabe die  
101 nötigen Zeichen gesetzt, so ist auch der hier gezeigte Ansatz zu einem  
102 „Querdenken“ der Disziplinen beim Klimaschutz unabdingbar. Wir brauchen für  
103 Europa, für Deutschland, aber auch und gerade für Rheinland-Pfalz endlich einen  
104 Masterplan, der alle Sektoren der Treibhausgas-Einsparung zusammenführt,  
105 schädliche Nebenwirkungen der *einen* Einsparung auf *andere* Effekte berücksichtigt  
106 und vermeidet und so Optimierungen schafft. Neben Energieerzeugung und -  
107 einsparung sowie Verkehr müssen Landwirtschaft, Ernährung, Gebäudeeffizienz bei  
108 Neubau und Altbeständen „quer“ gedacht und vernetzt werden. Aber auch die  
109 scheinbar klimaferne Bereiche Bildung und Medienpolitik dabei mit den  
110 Umsetzungen zusammengeführt werden.

111 Bioenergie ist für den Verkehr nur soweit vertretbar, wie sie z.B. keinen  
112 Neuumbruch von Weideland oder stillgelegten Flächen verursacht. Klimaemissions-  
113 Ersparnis im Verkehr heißt nicht nur „Umstieg auf Elektrofahrzeuge“, sondern  
114 Ausbau des Radverkehrs, Stärkung des ÖPNV, Verringerung von Verkehrsflächen,  
115 Ersparnis von Verkehrswegen und mehr. Wir brauchen nicht nur neue Autos, wir  
116 brauchen eine neue, genauer formuliert: eine neu definierte Mobilität!

## 117 **Klimaschutz in Rheinland-Pfalz**

118 Aber auch in Rheinland-Pfalz muss sehr viel mehr geschehen, die Anstrengungen  
119 müssen erheblich verstärkt werden, wollen wir die ambitionierten, aber  
120 unumgänglichen Ziele erreichen. Das von uns eingebrachte und verabschiedete  
121 Landes-Klimaschutzgesetz sieht das Erreichen der Klimaneutralität bis 2050 vor.  
122 Als einziges Landes-Klimaschutzgesetz haben wir GRÜNE *das* verankern können, was  
123 heute der gesamte Planet anstrebt. Darauf können wir – wenn auch nur für einen  
124 kurzen Moment – stolz sein.

125 Wir haben mit Beteiligung von vielen ein integriertes Klimaschutzkonzept auf den  
126 Weg gebracht, und streben an, die Stromwende bis 2030 hinzubekommen, auch wenn  
127 der Koalitionsvertrag und die derzeitige Bundesregierung dies nicht gerade  
128 erleichtert.

129 Deshalb muss jetzt die engagierte Umsetzung des Klimaschutzkonzepts beginnen,  
130 und dafür müssen auch zusätzliche finanzielle Ressourcen im Landeshaushalt zur  
131 Verfügung gestellt werden. Wir wollen deshalb mit einem neuen Treibhausgas-  
132 Minderungsprogramm in allen Sektoren (Strom, Wärme, Verkehr) Anreize schaffen.

133 Wir wollen auch den Kommunen zu mehr Entscheidungsspielraum verhelfen, indem wir  
134 in der Kommunalverfassung klarstellen, dass Klimaschutz als gesamtstaatliche  
135 Aufgabe auch die kommunale Ebene mit einbezieht.

136 Wir brauchen einen Gesamtplan, der neben der Vielzahl von Einzelmaßnahmen den  
137 Kurs zur Zielerreichung aufzeigt: Ein klimaneutrales Rheinland-Pfalz!

138 Zu der Erarbeitung laden wir alle, auch und gerade die CDU ein, sich zu  
139 beteiligen. Der Landes-Klimaschutzbeirat muss jetzt aktiviert werden und seine  
140 Arbeit transparent aufnehmen. Die Energieagentur ist gefordert, insbesondere die  
141 Kommunen zu unterstützen und die dort vielfach vorhandenen Klimaschutz- und  
142 Energiekonzepte mit auf den Weg zu bringen. Eine Schwerpunktaufgabe muss daneben  
143 sein, aus der Vielzahl von Fördertöpfen einen möglichst großen Anteil nach RLP  
144 zu holen.

145 Zur Umsetzung der Klimaschutzziele in Rheinland-Pfalz beschließt die LDV von  
146 Bündnis 90/Die Grünen:

- 147 • Die Datenlage muss schnell und umfassend erheblich verbessert werden -  
148 insbesondere bei der Aktualität ist noch „Luft nach oben“. Klimaschutz  
149 funktioniert am besten mit aktuellen Zahlen!
- 150 • Wir fordern die Landesregierung auf, alles dafür zu tun, dass der  
151 Weltklimavertrag von Paris und unsere Selbstverpflichtungen  
152 schnellstmöglich Realität werden.
- 153 • Wir treten mit allen Kräften dafür ein, dass schnellstmöglich der  
154 Verbrauch von Umwelt und die Belastung des Klimas endlich *den* Preis  
155 bekommen, der ihrer Schadenswirkung entspricht.
- 156 • Wir fordern erste, schnell und problemlos umsetzbare Schritte anzugehen,  
157 die sofortige Erfolge zeigen, z.B. die Einführung einer landesweiten ÖPNV-  
158 Karte für Schüler\*innen, Auszubildende, Student\*innen, Rentner\*innen,  
159 Pensionär\*innen gegen eine vernünftige, bezahlbare Selbstbeteiligung.
- 160 • Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz, insbesondere die GRÜN-geführten  
161 Ministerien, starten ein Beschaffungsprogramm für Dienstfahrzeuge für die  
162 Ministerien und insbesondere für die nachgeordneten Behörden im Rahmen  
163 bereits bestehender Rahmenvereinbarungen mit geeigneten E-Mobil  
164 Herstellern. Die Ladeinfrastruktur muss ggf. direkt bei den Umweltbehörden  
165 geschaffen und nach Eigenbedarfsdeckung auch der Öffentlichkeit zugänglich  
166 sein.
- 167 • Weiterhin ist eine Initiative der Landesregierung zum Ausbau und zur  
168 Vereinheitlichung der Standards bei E-Car-Ladung und vor allem bei den  
169 Bezahlssystemen dringendst erforderlich.

## 170 **Fazit**

171 Klimaschutz beginnt in den eigenen „Vier Wänden“. Wir Grüne sagen klipp klar –  
172 ohne jemanden bevormunden zu wollen – dass wir Deutsche unsere Art zu leben  
173 umstellen müssen, wollen wir die notwendigen Klimaziele erreichen. Das muss

174 nicht mit einer Verringerung der Lebensqualität verbunden sein, im Gegenteil  
175 wird diese bei einer konsequenten Umsetzung eher steigen. Wollen wir jedoch  
176 unseren Kindern und Enkeln eine Erde hinterlassen, die noch genauso lebenswert  
177 ist wie heute – oder lebenswerter – so müssen wir HEUTE mit den erforderlichen  
178 Umstellungen anfangen. Der Kohleausstieg z.B. wird uns Steuerzahler\*innen dabei  
179 eine Menge Geld kosten, aber das ist gut investiert. Andernfalls zahlen unsere  
180 Kinder und Enkel noch wesentlich höhere Summen für die Schäden, die wir heute  
181 verursachen.

182 [1https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3283-](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3283-.pdf)  
183 [.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/3283-.pdf)

184 [2https://www.gruene-bundestag.de/themen/klimaschutz/gruene-klimapolitik-im-](https://www.gruene-bundestag.de/themen/klimaschutz/gruene-klimapolitik-im-bundestag-08-12-2014.html)  
185 [bundestag-08-12-2014.html](https://www.gruene-bundestag.de/themen/klimaschutz/gruene-klimapolitik-im-bundestag-08-12-2014.html)

186 [3»Pariser Abkommen«, S. 2:](http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf)  
187 <http://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf>

188 [4http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/216161/klimagipfel](http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/216161/klimagipfel)

189 [5 S.a. http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-11/erneuerbare-energien-klimawandel-](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-11/erneuerbare-energien-klimawandel-kohleausstieg-klimakonferenz-marrakesch)  
190 [kohleausstieg-klimakonferenz-marrakesch](http://www.zeit.de/wirtschaft/2016-11/erneuerbare-energien-klimawandel-kohleausstieg-klimakonferenz-marrakesch)

191 [6 Siehe z.B. : http://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-klimapolitik-ohne-](http://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-klimapolitik-ohne-trump/14842252.html)  
192 [trump/14842252.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/klimawandel-klimapolitik-ohne-trump/14842252.html)

193 [7 https://www.greenpeace-magazin.de/nachrichtenarchiv/wieder-wurde-hendricks-](https://www.greenpeace-magazin.de/nachrichtenarchiv/wieder-wurde-hendricks-klimaplan-gekuerzt-was-ist-davon-noch-uebrig)  
194 [klimaplan-gekuerzt-was-ist-davon-noch-uebrig](https://www.greenpeace-magazin.de/nachrichtenarchiv/wieder-wurde-hendricks-klimaplan-gekuerzt-was-ist-davon-noch-uebrig)

195 [8 http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/22297-hendricks-dass-wir-es-](http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/22297-hendricks-dass-wir-es-nicht-schaffen-steht-nicht-fest)  
196 [nicht-schaffen-steht-nicht-fest](http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/22297-hendricks-dass-wir-es-nicht-schaffen-steht-nicht-fest)

197 [9 Die Europäische Kommission schreibt den Mitgliedstaaten seit Juli 2014 mittels  
198 der Leitlinien für Umweltbeihilfen für neue Ökostromförderungen spezielle  
199 Förderregime vor und will so eine Harmonisierung erreichen. Anstatt des  
200 bewährten Einspeisetarif-Modells sollen zukünftig nur mehr Ausschreibesysteme  
201 zugelassen werden, welche sich jedoch nachweislich in den letzten 15 Jahren  
202 nirgends bewährt haben. Damit greift die Kommission in EU-Primärrecht und  
203 geltende EU-Richtlinien ein. „EREF ist der Meinung, dass die Kommission mit  
204 diesen Leitlinien ihre Kompetenzen überschritten hat, und gleich gegen mehrere  
205 Teile des EU-Rechts verstößt“, erklärt Dörte Fouquet, Direktorin von EREF  
206 \(Europäischer Dachverband der Ökoenergieerzeuger\).](http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/22297-hendricks-dass-wir-es-nicht-schaffen-steht-nicht-fest)

207 [10 https://www.gruene.de/themen/klima-schuetzen/kohleausstieg-und-saubere-](https://www.gruene.de/themen/klima-schuetzen/kohleausstieg-und-saubere-autos.html)  
208 [autos.html](https://www.gruene.de/themen/klima-schuetzen/kohleausstieg-und-saubere-autos.html)

209 In Norwegen hat die Regierung den Entwurf für einen Verkehrsplan vorgestellt,  
210 nach dem ab dem Jahr 2025 nur abgasfreie Fahrzeuge verkauft werden sollen .

## Begründung

Erfolgt mündlich

Begründung der Dringlichkeit:

Der Antragsschluss lag vor der Konferenz von Marrakech und deren Ergebnissen. Zudem haben die Wahl des neuen US-Präsidenten Trump die internationale Klimapolitik und die BDK-Beschlüsse von Münster die parteiinterne Klimapolitik massiv beeinflusst, beides ebenfalls nach Antragsschluss. Auf die aktuellen

Ereignisse mit massiven Auswirkungen auf die – auch rheinland-pfälzische – Klimapolitik ist daher zeitnah einzugehen.

## **A-1** Einrichtung einer Arbeitsgruppe „2030“

Antragsteller\*in: KV Trier  
Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

- 1 DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz richten eine Arbeitsgruppe „2030“ ein, deren Ziel die
- 2 Erarbeitung von Maßnahmen zur Stärkung der Parteistruktur ist, um das vorhandene
- 3 Potential an WählerInnen in RLP nachhaltig zu binden.
- 4 Die AG besteht aus
- 5 • einer/einem Landesvorsitzenden/m
- 6 • der LandesschatzmeisterIn
- 7 • zwei Mitgliedern der GRÜNEN Landtagsfraktion
- 8 • sechs VertreterInnen aus den Kreisverbänden
- 9 Die Mitglieder der AG „2030“ werden durch den Kleinen Parteitag für zwei Jahre
- 10 gewählt.
- 11 Die Landesvorstandsmitglieder organisieren die AG und berichten einmal jährlich
- 12 über die Ergebnisse und deren Umsetzung.
- 13 Für die Arbeit der AG ist ein Etat im Haushalt vorzusehen.
- 14 Über die Auflösung der AG entscheidet eine LDV.

### **Begründung**

Hinweis: Dieser Antrag wurde von der LDV in Montabaur vertagt.

#### Begründung:

Liebe Freunde und Freundinnen,  
bei diesem Antrag geht es ausdrücklich nicht darum, eine Arbeitsgruppe zu gründen, die uns inhaltlich anders oder gar neu aufstellt. Auch geht es nicht um die nach Wahlen so gern geforderten Satzungsänderungen hinsichtlich Landesvorstand oder ähnlichem. Vielmehr geht es um die Frage: wie stellen wir Grüne in Rheinland-Pfalz uns strukturell - somit also langfristig - besser auf, um unser Wählerpotential an uns zu binden und unsere Stammwählerschaft zu erhöhen?

Diese (Über-)Lebensfrage stellt sich aus der Analyse unserer Landtagswahlergebnisse: wir haben bei der letzten Wahl 2016 im Grunde nur das Ergebnis von 2006 wiederholt. D.h. dann aber auch, dass wir es in den letzten zehn Jahren nicht ausreichend geschafft haben, unsere WählerInnenbindung zu stärken. Vor allem die letzten fünf Jahre boten dazu Chancen, doch trotz drei Ministerinnen, drei Mitgliedern des Bundestages und achtzehn Landtagsmitgliedern gelang dies nicht.

Wieso dies so war und was man dagegen tun kann, darum soll es in der Arbeitsgruppe gehen. Damit wir in zehn Jahren nicht wieder bangen müssen, wenn es zur Landtagswahl kommt, und damit die politische Stärke der Grünen RLP landesweit erhöht wird.

Angemerkt sei noch: Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Arbeitsgruppe keine in sich ver- und geschlossene Gruppe sein soll, sondern so offen und transparent und die Basis einbindend arbeitet, wie es auch bei den LAGen der Fall ist.

### **Unterstützer\*innen**

Klaus Puchstein (KV Ahrweiler)

**A-2** Kooperationen zwischen Hochschulen und Drittmittelfinanzierern transparent gestalten: Wissenschaftsfreiheit, und demokratische Entscheidungsprozesse wirksam absichern

Antragsteller\*in: Gunther Heinisch (KV Mainz), Jonas-Luca König (KV Neustadt/Weinstraße), Eveline Lemke (KV Ahrweiler), Tabea Rößner (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Christoph Wagner (KV Mayen-Koblenz), Matthias Kaißling (KV Mayen-Koblenz), Kurt Werner (KV Neustadt/Weinstraße), Patrick Zwiernick (KV Koblenz), Luna Fiedler (KV Mainz), Paul Schweickhardt (KV Mainz), Tobias Lindner (KV Germersheim), David Hilzendegen (KV Worms), Rainer Grun-Marquardt (KV Neustadt/Weinstraße), Günther Scherer (KV Neustadt/Weinstraße), Sven Dücker (KV Trier), Jonathan Brahmst (KV Mainz), Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Ehsan Ghandour (KV Mainz), Stephanie Burkhardt (KV Donnersbergkreis), Ruth Jaensch (KV Mainz), Sören Landmann (KV Trier), Daniel Müller (KV Landau), Friderike Graebert (KV Neustadt/Weinstraße), Waltraud Blarr (KV Neustadt/Weinstraße), Daniel Köbler (KV Mainz)

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

- 1 Die öffentliche Auseinandersetzung über eine Kooperationsvereinbarung zwischen
- 2 der Mainzer Johannes Gutenberg-Universität und der Boehringer Ingelheim Stiftung
- 3 haben gezeigt, welche Konflikte eine Kooperation einer Hochschule und eines
- 4 privaten Drittmittelgebers mit sich bringen kann. Hierbei geht es nicht nur um
- 5 den Wunsch nach Transparenz bei Drittmittelprojekten sondern vor allem um das
- 6 grundgesetzlich verbriefte Recht der Wissenschaftsfreiheit, das gewahrt bleiben
- 7 muss.
- 8 Intransparenz und wenig überzeugende, teils auch widersprüchliche Stellungnahmen
- 9 der Beteiligten Akteure bei der Kooperation der Universität Mainz und der
- 10 Böhlinger Ingelheim Stiftung haben zur Entstehung erheblicher Irritationen
- 11 bezüglich dieser Kooperationsvereinbarung beigetragen. Erst wurden die Verträge,
- 12 die die Zusammenarbeit festschrieben, von der Hochschulleitung unter Verschluss
- 13 gehalten. Als sie dann, dank der Klage eines Journalisten, veröffentlicht werden
- 14 mussten, kamen fragwürdige Formulierungen in diesen Verträgen zu Tage: hat die
- 15 Boehringer Ingelheim Stiftung etwa Vetomöglichkeiten bei Stellenbesetzungen und
- 16 Forschungsveröffentlichungen? Wer hat diesen Verträgen überhaupt in dieser
- 17 fragwürdigen Form zugestimmt und wie sollen sie nun überarbeitet werden? Diese
- 18 Auseinandersetzungen über die Kooperationsvereinbarung haben offenbart, dass
- 19 tragfähige, wissenschaftsadäquate Regeln für vertraglich vereinbarte,
- 20 langfristig angelegte Kooperationen der rheinland-pfälzischen Hochschulen
- 21 fehlen.
- 22 In vielen Bereichen der Landesverwaltung war das Landestransparenzgesetz ein
- 23 Meilenstein hin zu mehr Transparenz und ein Kulturwandel der öffentlichen
- 24 Verwaltung hin zu mehr Offenheit und Informationen für die Bürgerinnen und
- 25 Bürger. Im Hochschulbereich waren jedoch von Anfang an die
- 26 Universitätspräsidenten von Rheinland-Pfalz vehement gegen eine größere
- 27 Transparenz im Bereich der Hochschulen, insbesondere im sensiblen Bereich der
- 28 Drittmittelforschung. Bei den Beratungen über das neue rheinland-pfälzische
- 29 Transparenzgesetz standen im Hochschulbereich Forschungsvorhaben mit
- 30 Drittmitteln im Zentrum der Aufmerksamkeit des Gesetzgebers. Während sich die
- 31 Regelungen des Gesetzes also auf einzelne, durch externe Geldgeber finanzierte
- 32 Forschungsprojekte beziehen, rückten durch die öffentliche Auseinandersetzung

33 über das Boehringer-Engagement auch langfristig angelegte und  
34 institutionalisierte Kooperationen zwischen Hochschulen und privaten Akteuren  
35 nun in den Fokus. Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz fordert, dass die  
36 Landespolitik an dieser Stelle nachbessert und auch solche Kooperationen einen  
37 klaren Handlungsrahmen erhalten, der Wissenschaftsfreiheit, Transparenz,  
38 demokratische Teilhabe und die Finanzierung der Hochschulen absichert.

### 39 **Die Rolle der Drittmittel in Zeiten der Schuldenbremse**

40 In den vergangenen Jahren wurden die öffentlich finanzierten Forschungsmittel  
41 des Bundes und der Länder stark erhöht. Deutlich mehr Geld fließt beispielsweise  
42 über die Förderprogramme der vom Bund und den Ländern getragenen Deutschen  
43 Forschungsgemeinschaft (DFG) in Forschungsvorhaben an staatlichen Hochschulen.  
44 Zudem stehen mit der Exzellenzinitiative seit 2006 erhebliche zusätzliche Summen  
45 für herausragende Forschungsaktivitäten zur Verfügung – derzeit in Höhe von  
46 jährlich 5,4 Mrd. Euro. Speziell das Land Rheinland-Pfalz hat erhebliche  
47 Anstrengungen unternommen, die Grundausrüstung der Hochschulen zu stärken. Seit  
48 Beginn der GRÜNEN Regierungsbeteiligung sind die Zuweisungen an die Hochschulen  
49 stetig angewachsen, um steigende Kosten zu kompensieren. Zudem konnte die  
50 Grundfinanzierung der rheinland-pfälzischen Hochschulen mit dem Haushalt 2016 um  
51 zusätzlich jährlich 25 Mio. EUR gesteigert werden.

52 Trotz der gewachsenen öffentlichen Mittel für die Forschungsförderung und der  
53 Bemühungen um Zuwächse bei der Grundfinanzierung sind Mittel privater Dritter  
54 weiterhin eine bedeutende Einnahmequelle der Hochschulen. Sie können  
55 gesellschaftlich sinnvolle, beispielsweise für eine nachhaltige Entwicklung  
56 bedeutende sowie für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes förderliche  
57 Innovationen ermöglichen. Sie schaffen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten  
58 an staatlichen Hochschulen und in staatlich finanzierten  
59 Forschungseinrichtungen. Sie tragen außerdem zur Vernetzung der Hochschulen mit  
60 der Wirtschaft und der Gesellschaft vor Ort bei.

61 Wir GRÜNE wollen grundsätzlich nicht verschiedenen Formen von  
62 Drittmittelfinanzierungen und Stiftermodellen bei der Fortentwicklung der  
63 Wissenschaften im Wege stehen. Schließlich steht Rheinland-Pfalz bei der  
64 Ausstattung seiner Hochschulen mit Drittmitteln nicht einmal im Mittelfeld.  
65 Landesweit bestehen rund 1.000 Verträge (nach Auskunft des  
66 Wissenschaftsministeriums Rheinland-Pfalz) mit Forschungseinrichtungen und  
67 Drittfianzierern. Dafür sollten Compliance-Regeln bekannt, vereinbart und auch  
68 gelebt werden, um Missbrauch jeglicher Art zu verhindern. Der verbindliche  
69 Umgang nach diesen Regeln würde für den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz  
70 zuträglich sein und für potentielle Geldgeber\*innen, aber auch  
71 Wissenschaftler\*innen die notwendige Verlässlichkeit herstellen.

72 Solche Regeln müssen eine verfassungskonforme Gestaltung der  
73 Kooperationsbeziehungen und damit vorrangig die Wahrung der im Grundgesetz  
74 garantierten Wissenschaftsfreiheit sicherstellen. Sie müssen  
75 wissenschaftsadäquat sein, die Pflicht aller staatlichen Einrichtungen und daher  
76 auch der Hochschulen zu einer transparenten Arbeitsweise gewährleisten sowie  
77 auch einen entscheidenden Einfluss der gewählten Selbstverwaltungsgremien der  
78 Hochschulen regeln. Zudem ist es eine bleibende wissenschaftspolitische Aufgabe,  
79 dass sich die Öffnung der Hochschulen hin zu einer Kooperation mit externen  
80 Partner\*innen nicht auf Großunternehmen aus dem Sektor der Privatwirtschaft  
81 beschränken darf. Neben der ausbaufähigen Einbeziehung kleiner und mittlerer

82 Unternehmen besteht ein erhebliches Potenzial, die Wissenschaftslandschaft durch  
83 zunehmende Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Einrichtungen  
84 aus dem öffentlichen Sektor weiterzuentwickeln.

### 85 **Wahrung der Wissenschaftsfreiheit und Pflicht zur Transparenz**

86 Zu den wichtigsten grund- und freiheitsrechtlichen Errungenschaften sowie zum  
87 unveränderlichen Kern unserer Verfassung gehört die Freiheit der Wissenschaft.  
88 Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt in Artikel 5 Absatz  
89 3 Satz 1: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Ein  
90 verbindlicher Rahmen für Kooperationen wissenschaftlicher Einrichtungen mit  
91 externen Dritten muss daher in besonderem Maße dem Schutz der der  
92 Wissenschaftsfreiheit vor möglichen Beeinträchtigungen Rechnung tragen.

93 Mit der Einwerbung externer Mittel für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben an  
94 staatlichen Hochschulen wie auch mit der Einwerbung von Zuwendungen im Rahmen  
95 langfristig angelegter Kooperationen geht stets die Gefahr einher, dass  
96 Strukturen entstehen, die einer Beeinträchtigung der Wissenschaftsfreiheit  
97 Vorschub leisten können. Die beste Regulierung schließt zwar keinen Missbrauch  
98 aus, schafft aber Bewusstsein für Missbrauchsrisiken und verringert diese. In  
99 diesem Zusammenhang kommt weitgehenden Transparenz- und Offenlegungspflichten  
100 eine entscheidende Rolle zu. Größtmögliche Transparenz ist das beste Mittel, mit  
101 dem Wissenschaftler\*innen wie auch wissenschaftliche Einrichtungen dem möglichen  
102 Verdacht begegnen können, interessen- und nicht erkenntnisgeleitet zu forschen.  
103 Transparenz ist die Grundlage für die Möglichkeit einer öffentlichen Kontrolle  
104 und für wirksame innerwissenschaftliche Mechanismen zur Sicherung guter  
105 wissenschaftlicher Praxis.

106 Ausnahmen von einer umfassenden Pflicht zur Transparenz darf es nur geben, wenn  
107 und solange allgemeine schützenswerte Belange wie Persönlichkeitsrechte, der  
108 Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, sicherheitsrelevanter Informationen  
109 oder der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen dies erforderlich  
110 machen. Die Geheimhaltung von Forschungsergebnissen darf nicht der Regelfall  
111 sein, sondern eine begründungspflichtige Ausnahme.

112 Zuwendungen externer Dritter dürfen niemals mit der Gewährung von  
113 Einwirkungsrechten verbunden sein, die mit der Wissenschaftsfreiheit unvereinbar  
114 sind. Solche Einwirkungsmöglichkeiten wie beispielsweise Zustimmungsvorbehalte  
115 für die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen oder Vorschlags- und sonstige  
116 Mitwirkungsrechte bei der Besetzung regulärer Professuren muss ein  
117 Regelungsrahmen für Kooperationsbeziehungen der Hochschulen explizit  
118 ausschließen. Vor diesem Hintergrund werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich im Rahmen  
119 der Evaluation des Landestransparenzgesetzes dafür einsetzen, dass  
120 Bereichsausnahmen insgesamt gestrichen sowie die Transparenz bei  
121 Drittmittelforschung herbeigeführt wird.

### 122 **Entscheidungsrecht der gewählten Selbstverwaltungsgremien sichern**

123 Analog zu den im kommunalen Bereich selbstverständlichen Mitwirkungsrechten  
124 gewählter Gremien sind auch an den Hochschulen verbindliche Regelungen für eine  
125 entscheidende Kompetenz der gewählten Selbstverwaltungsorgane erforderlich. Das  
126 Einwerben privater Drittmittel gehört in weiten Teilen durchaus zum  
127 Tagesgeschäft der Hochschulen. Vor diesem Hintergrund sollten die gewählten  
128 Gremien die Möglichkeit haben, Mustervereinbarungen mit Drittmittelgebern zu  
129 beschließen, die dann auf das jeweilige Drittmittelprojekt angepasst werden



130 können. Bei wesentlichen Abweichungen von solchen Mustervereinbarungen oder bei  
131 langfristig angelegten Kooperationen, die in ihrer Tragweite über die  
132 Durchführung einzelner Forschungsvorhaben hinausweisen, sollte eine Zustimmung  
133 der gewählten Hochschulgremien erforderlich sein, also der jeweils zuständigen  
134 Institutsgremien, Fachbereichsräte sowie des Senats. Einzelheiten zum Verfahren  
135 und grundlegende Übereinkünfte zum transparenten Umgang mit Geldern von Dritten  
136 ließen sich außerdem in den Grundordnungen der Hochschulen regeln.

### 137 **Die Landespolitik ist gefragt!**

138 Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung und unsere  
139 Landtagsfraktion auf im Dialog mit Hochschulen, privaten Drittmittelgeber\*innen,  
140 Stiftungen und allen weiteren zentralen Akteur\*innen wissenschaftsadäquate,  
141 transparente und verbindliche Regeln für den Umgang mit langfristig angelegten  
142 Kooperationen zwischen Hochschulen und privaten Dritten zu schaffen. Die  
143 Wissenschaftsfreiheit und die demokratische Teilhabe der Hochschulgremien muss  
144 in diesem Handlungsrahmen ebenso berücksichtigt werden, wie die  
145 Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Rheinland-Pfalz.

## **Unterstützer\*innen**

Klaus Puchstein (KV Ahrweiler)

**A-2NEU** Kooperationen zwischen Hochschulen und Drittmittelfinanzierern transparent gestalten: Wissenschaftsfreiheit, und demokratische Entscheidungsprozesse wirksam absichern

Antragsteller\*in: Gunther Heinisch (KV Mainz), Jonas-Luca König (KV Neustadt/Weinstraße), Eveline Lemke (KV Ahrweiler), Tabea Rößner (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Christoph Wagner (KV Mayen-Koblenz), Matthias Kaißling (KV Mayen-Koblenz), Kurt Werner (KV Neustadt/Weinstraße), Patrick Zwiernick (KV Koblenz), Luna Fiedler (KV Mainz), Paul Schweickhardt (KV Mainz), Tobias Lindner (KV Germersheim), David Hilzendegen (KV Worms), Rainer Grun-Marquardt (KV Neustadt/Weinstraße), Günther Scherer (KV Neustadt/Weinstraße), Sven Dücker (KV Trier), Jonathan Brahmst (KV Mainz), Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Ehsan Ghandour (KV Mainz), Stephanie Burkhardt (KV Donnersbergkreis), Ruth Jaensch (KV Mainz), Sören Landmann (KV Trier), Daniel Müller (KV Landau), Friderike Graebert (KV Neustadt/Weinstraße), Waltraud Blarr (KV Neustadt/Weinstraße), Daniel Köbler (KV Mainz)

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

- 1 Die öffentliche Auseinandersetzung über eine Kooperationsvereinbarung zwischen
- 2 der Mainzer Johannes Gutenberg-Universität und der Boehringer Ingelheim Stiftung
- 3 haben gezeigt, welche Konflikte eine Kooperation einer Hochschule und eines
- 4 privaten Drittmittelgebers mit sich bringen kann. Hierbei geht es nicht nur um
- 5 den Wunsch nach Transparenz bei Drittmittelprojekten sondern vor allem um das
- 6 grundgesetzlich verbriefte Recht der Wissenschaftsfreiheit, das gewahrt bleiben
- 7 muss.
- 8 Intransparenz und wenig überzeugende, teils auch widersprüchliche Stellungnahmen
- 9 der Beteiligten Akteure bei der Kooperation der Universität Mainz und der
- 10 Böhlinger Ingelheim Stiftung haben zur Entstehung erheblicher Irritationen
- 11 bezüglich dieser Kooperationsvereinbarung beigetragen. Erst wurden die Verträge,
- 12 die die Zusammenarbeit festschrieben, von der Hochschulleitung unter Verschluss
- 13 gehalten. Als sie dann, dank der Klage eines Journalisten, veröffentlicht werden
- 14 mussten, kamen fragwürdige Formulierungen in diesen Verträgen zu Tage: hat die
- 15 Boehringer Ingelheim Stiftung etwa Vetomöglichkeiten bei Stellenbesetzungen und
- 16 Forschungsveröffentlichungen? Wer hat diesen Verträgen überhaupt in dieser
- 17 fragwürdigen Form zugestimmt und wie sollen sie nun überarbeitet werden? Diese
- 18 Auseinandersetzungen über die Kooperationsvereinbarung haben offenbart, dass
- 19 tragfähige, wissenschaftsadäquate Regeln für vertraglich vereinbarte,
- 20 langfristig angelegte Kooperationen der rheinland-pfälzischen Hochschulen
- 21 fehlen.
- 22 In vielen Bereichen der Landesverwaltung war das Landestransparenzgesetz ein
- 23 Meilenstein hin zu mehr Transparenz und ein Kulturwandel der öffentlichen
- 24 Verwaltung hin zu mehr Offenheit und Informationen für die Bürgerinnen und
- 25 Bürger. Im Hochschulbereich waren jedoch von Anfang an die
- 26 Universitätspräsidenten von Rheinland-Pfalz vehement gegen eine größere
- 27 Transparenz im Bereich der Hochschulen, insbesondere im sensiblen Bereich der
- 28 Drittmittelforschung. Bei den Beratungen über das neue rheinland-pfälzische
- 29 Transparenzgesetz standen im Hochschulbereich Forschungsvorhaben mit
- 30 Drittmitteln im Zentrum der Aufmerksamkeit des Gesetzgebers. Während sich die
- 31 Regelungen des Gesetzes also auf einzelne, durch externe Geldgeber finanzierte
- 32 Forschungsprojekte beziehen, rückten durch die öffentliche Auseinandersetzung

33 über das Boehringer-Engagement auch langfristig angelegte und  
34 institutionalisierte Kooperationen zwischen Hochschulen und privaten Akteuren  
35 nun in den Fokus. Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz fordert, dass die  
36 Landespolitik an dieser Stelle nachbessert und auch solche Kooperationen einen  
37 klaren Handlungsrahmen erhalten, der Wissenschaftsfreiheit, Transparenz,  
38 demokratische Teilhabe und die Finanzierung der Hochschulen absichert.

### 39 **Die Rolle der Drittmittel in Zeiten der Schuldenbremse**

40 In den vergangenen Jahren wurden die öffentlich finanzierten Forschungsmittel  
41 des Bundes und der Länder stark erhöht. Deutlich mehr Geld fließt beispielsweise  
42 über die Förderprogramme der vom Bund und den Ländern getragenen Deutschen  
43 Forschungsgemeinschaft (DFG) in Forschungsvorhaben an staatlichen Hochschulen.  
44 Zudem stehen mit der Exzellenzinitiative seit 2006 erhebliche zusätzliche Summen  
45 für herausragende Forschungsaktivitäten zur Verfügung – derzeit in Höhe von  
46 jährlich 5,4 Mrd. Euro. Speziell das Land Rheinland-Pfalz hat erhebliche  
47 Anstrengungen unternommen, die Grundausrüstung der Hochschulen zu stärken. Seit  
48 Beginn der GRÜNEN Regierungsbeteiligung sind die Zuweisungen an die Hochschulen  
49 stetig angewachsen, um steigende Kosten zu kompensieren. Zudem konnte die  
50 Grundfinanzierung der rheinland-pfälzischen Hochschulen mit dem Haushalt 2016 um  
51 zusätzlich jährlich 25 Mio. EUR gesteigert werden.

52 Trotz der gewachsenen öffentlichen Mittel für die Forschungsförderung und der  
53 Bemühungen um Zuwächse bei der Grundfinanzierung sind Mittel privater Dritter  
54 weiterhin eine bedeutende Einnahmequelle der Hochschulen. Sie können  
55 gesellschaftlich sinnvolle, beispielsweise für eine nachhaltige Entwicklung  
56 bedeutende sowie für den wirtschaftlichen Erfolg des Landes förderliche  
57 Innovationen ermöglichen. Sie schaffen zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten  
58 an staatlichen Hochschulen und in staatlich finanzierten  
59 Forschungseinrichtungen. Sie tragen außerdem zur Vernetzung der Hochschulen mit  
60 der Wirtschaft und der Gesellschaft vor Ort bei.

61 Wir GRÜNE wollen grundsätzlich nicht verschiedenen Formen von  
62 Drittmittelfinanzierungen und Stiftermodellen bei der Fortentwicklung der  
63 Wissenschaften im Wege stehen. Schließlich steht Rheinland-Pfalz bei der  
64 Ausstattung seiner Hochschulen mit Drittmitteln nicht einmal im Mittelfeld.  
65 Landesweit bestehen rund 1.000 Verträge (nach Auskunft des  
66 Wissenschaftsministeriums Rheinland-Pfalz) mit Forschungseinrichtungen und  
67 Drittfianzierern. Dafür sollten Compliance-Regeln bekannt, vereinbart und auch  
68 gelebt werden, um Missbrauch jeglicher Art zu verhindern. Der verbindliche  
69 Umgang nach diesen Regeln würde für den Wissenschaftsstandort Rheinland-Pfalz  
70 zuträglich sein und für potentielle Geldgeber\*innen, aber auch  
71 Wissenschaftler\*innen die notwendige Verlässlichkeit herstellen.

72 Solche Regeln müssen eine verfassungskonforme Gestaltung der  
73 Kooperationsbeziehungen und damit vorrangig die Wahrung der im Grundgesetz  
74 garantierten Wissenschaftsfreiheit sicherstellen. Sie müssen  
75 wissenschaftsadäquat sein, die Pflicht aller staatlichen Einrichtungen und daher  
76 auch der Hochschulen zu einer transparenten Arbeitsweise gewährleisten sowie  
77 auch einen entscheidenden Einfluss der gewählten Selbstverwaltungsgremien der  
78 Hochschulen regeln. Zudem ist es eine bleibende wissenschaftspolitische Aufgabe,  
79 dass sich die Öffnung der Hochschulen hin zu einer Kooperation mit externen  
80 Partner\*innen nicht auf Großunternehmen aus dem Sektor der Privatwirtschaft  
81 beschränken darf. Neben der ausbaufähigen Einbeziehung kleiner und mittlerer

82 Unternehmen besteht ein erhebliches Potenzial, die Wissenschaftslandschaft durch  
83 zunehmende Kooperationen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren und Einrichtungen  
84 aus dem öffentlichen Sektor weiterzuentwickeln.

### 85 **Wahrung der Wissenschaftsfreiheit und Pflicht zur Transparenz**

86 Zu den wichtigsten grund- und freiheitsrechtlichen Errungenschaften sowie zum  
87 unveränderlichen Kern unserer Verfassung gehört die Freiheit der Wissenschaft.  
88 Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland bestimmt in Artikel 5 Absatz  
89 3 Satz 1: „Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei.“ Ein  
90 verbindlicher Rahmen für Kooperationen wissenschaftlicher Einrichtungen mit  
91 externen Dritten muss daher in besonderem Maße dem Schutz der der  
92 Wissenschaftsfreiheit vor möglichen Beeinträchtigungen Rechnung tragen.

93 Mit der Einwerbung externer Mittel für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben an  
94 staatlichen Hochschulen wie auch mit der Einwerbung von Zuwendungen im Rahmen  
95 langfristig angelegter Kooperationen geht stets die Gefahr einher, dass  
96 Strukturen entstehen, die einer Beeinträchtigung der Wissenschaftsfreiheit  
97 Vorschub leisten können. Die beste Regulierung schließt zwar keinen Missbrauch  
98 aus, schafft aber Bewusstsein für Missbrauchsrisiken und verringert diese. In  
99 diesem Zusammenhang kommt weitgehenden Transparenz- und Offenlegungspflichten  
100 eine entscheidende Rolle zu. Größtmögliche Transparenz ist das beste Mittel, mit  
101 dem Wissenschaftler\*innen wie auch wissenschaftliche Einrichtungen dem möglichen  
102 Verdacht begegnen können, interessen- und nicht erkenntnisgeleitet zu forschen.  
103 Transparenz ist die Grundlage für die Möglichkeit einer öffentlichen Kontrolle  
104 und für wirksame innerwissenschaftliche Mechanismen zur Sicherung guter  
105 wissenschaftlicher Praxis.

106 Ausnahmen von einer umfassenden Pflicht zur Transparenz darf es nur geben, wenn  
107 und solange allgemeine schützenswerte Belange wie Persönlichkeitsrechte, der  
108 Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, sicherheitsrelevanter Informationen  
109 oder der Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen dies erforderlich  
110 machen. Die Geheimhaltung von Forschungsergebnissen darf nicht der Regelfall  
111 sein, sondern eine begründungspflichtige Ausnahme.

112 Zuwendungen externer Dritter dürfen niemals mit der Gewährung von  
113 Einwirkungsrechten verbunden sein, die mit der Wissenschaftsfreiheit unvereinbar  
114 sind. Solche Einwirkungsmöglichkeiten wie beispielsweise Zustimmungsvorbehalte  
115 für die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen oder Vorschlags- und sonstige  
116 Mitwirkungsrechte bei der Besetzung regulärer Professuren muss ein  
117 Regelungsrahmen für Kooperationsbeziehungen der Hochschulen explizit  
118 ausschließen. Vor diesem Hintergrund werden BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich im Rahmen  
119 der Evaluation des Landestransparenzgesetzes dafür einsetzen, dass  
120 Bereichsausnahmen insgesamt gestrichen sowie die Transparenz bei  
121 Drittmittelforschung herbeigeführt wird.

### 122 **Datenschutz gewährleisten**

123 Die "Gutenberg-Gesundheitsstudie" ist eine der weltweit größten  
124 Gesundheitsstudien, die alle medizinischen Daten von 15.000 Bürger\*innen in der  
125 Region Mainz sammelt. Noch nie gab es eine vergleichbare Big-Data-Studie in der  
126 Region. Die Privatdaten der Patient\*innen müssen unter dem höchsten Schutz  
127 gestellt werden. Jedoch sind weder der Vertrag öffentlich zugänglich, noch  
128 werden die Ergebnisse der Studie der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Hier

129 sollte Transparenz über die Kooperationsvereinbarung hergestellt werden, auch  
130 zur Einordnung späterer Marketingaktivitäten des Auftraggebers.

### 131 **Entscheidungsrecht der gewählten Selbstverwaltungsgremien sichern**

132 Analog zu den im kommunalen Bereich selbstverständlichen Mitwirkungsrechten  
133 gewählter Gremien sind auch an den Hochschulen verbindliche Regelungen für eine  
134 entscheidende Kompetenz der gewählten Selbstverwaltungsorgane erforderlich. Das  
135 Einwerben privater Drittmittel gehört in weiten Teilen durchaus zum  
136 Tagesgeschäft der Hochschulen. Vor diesem Hintergrund sollten die gewählten  
137 Gremien die Möglichkeit haben, Mustervereinbarungen mit Drittmittelgebern zu  
138 beschließen, die dann auf das jeweilige Drittmittelprojekt angepasst werden  
139 können. Bei wesentlichen Abweichungen von solchen Mustervereinbarungen oder bei  
140 langfristig angelegten Kooperationen, die in ihrer Tragweite über die  
141 Durchführung einzelner Forschungsvorhaben hinausweisen, sollte eine Zustimmung  
142 der gewählten Hochschulgremien erforderlich sein, also der jeweils zuständigen  
143 Instituts-gremien, Fachbereichsräte sowie des Senats. Einzelheiten zum Verfahren  
144 und grundlegende Übereinkünfte zum transparenten Umgang mit Geldern von Dritten  
145 ließen sich außerdem in den Grundordnungen der Hochschulen regeln.

### 146 **Die Landespolitik ist gefragt!**

147 Bündnis 90/Die Grünen Rheinland-Pfalz fordert die Landesregierung und unsere  
148 Landtagsfraktion auf im Dialog mit Hochschulen, privaten Drittmittelgeber\*innen,  
149 Stiftungen und allen weiteren zentralen Akteur\*innen wissenschaftsadäquate,  
150 transparente und verbindliche Regeln für den Umgang mit langfristig angelegten  
151 Kooperationen zwischen Hochschulen und privaten Dritten zu schaffen. Die  
152 Wissenschaftsfreiheit und die demokratische Teilhabe der Hochschulgremien muss  
153 in diesem Handlungsrahmen ebenso berücksichtigt werden, wie die  
154 Zukunftsfähigkeit des Wissenschaftsstandorts Rheinland-Pfalz.

155 Auf der Basis dieser Lagebeschreibung sehen wir Handlungsbedarf, um die  
156 grundgesetzlich geschützte Wissenschaftsfreiheit im Zuge der zunehmenden  
157 Drittmittelforschung wahren zu können. Die Landesdelegiertenversammlung fordert  
158 deshalb:

159 1. Wir ermutigen das rheinland-pfälzische Wissenschaftsministerium, eine  
160 bundesweite Initiativfunktion bei der Gewährleistung einer transparenten und  
161 freien Drittmittelforschung einzunehmen. In Verträgen mit Drittmittelgebern muss  
162 die Wissenschaftsfreiheit und Unabhängigkeit der Universitäten grundsätzlich  
163 garantiert werden.

164 2. Die Hochschulgremien sollen die Unabhängigkeit gegenüber ihren  
165 Drittmittelgebern in ihre "Grundordnungen" aufnehmen, um jeden denkbaren  
166 Missbrauch auszuschließen.

167 3. Um die Akzeptanz von Drittmittelforschung zu steigern, fordern wir  
168 Hochschulen auf, Drittmittelverträge perspektivisch und so umfassend wie möglich  
169 zu veröffentlichen. Dadurch wird die Unabhängigkeit der Forschung sichtbar. Die  
170 Landesregierung soll diesen Prozess begleiten und unterstützen.

171 4. Die vom Präsidenten der Universität Mainz öffentlich angekündigten  
172 Korrekturen im Kooperations-Vertrag mit der Boehringer-Stiftung müssen in  
173 Kooperation mit der zuständigen Rechtsaufsicht tatsächlich umgesetzt werden.  
174 Damit muss ausgeschlossen werden, dass Drittmittelgeber die Berufungspraxis von  
175 Professoren und die Veröffentlichung von Forschungsergebnissen bestimmen können.

## Begründung

erfolgt mündlich

### **A-3** Erleichterter Zugang zu Leistungen des SGB 1-12. Buch

Antragsteller\*in: Martin Schmitt (KV Mayen-Koblenz), Ingrid Bäumlner (KV Mayen-Koblenz), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz), Natascha Lentes (KV Mayen-Koblenz), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Uwe Weber (KV Mayen-Koblenz), Klaus Meurer (KV Mayen-Koblenz), Ruth Rebell (KV Mayen-Koblenz), Martina Grosvenor (KV Mayen-Koblenz), Markus Holzhäuser (KV Mayen-Koblenz), Carmen Bohlender (KV Mayen-Koblenz), Andreas Tryba (KV Mayen-Koblenz), Heide Schmitt (KV Mayen-Koblenz), Sabine Müller (KV Mayen-Koblenz), Monika Treis (KV Mayen-Koblenz), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Ute Wellstein (KV Mainz), Ruth Jaensch (KV Mainz), Ingrid Lambertus (KV Mainz), Nicole Besic-Molzberger (KV Koblenz)

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

#### 1 **Einleitung:**

2 Menschen, die aufgrund einer in der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK)  
3 geschilderten Gruppe von Personen mit Beeinträchtigung, chronischer Erkrankung  
4 oder Handicap leben, sind meist auf Leistungen aus dem SGB angewiesen.

5 Um diese Leistungen in Anspruch nehmen zu können, bedarf es gezielter  
6 Antragstellung in den jeweils zuständigen Ämtern oder Stellen der  
7 Sozialversicherungen etc., hierbei kommt es meist zu erheblichen Wartezeiten und  
8 oder Ablehnungen aus vermeintlich inhaltlichen Gründen oder wg. mangelnder  
9 Zuständigkeit.

10 Den Betroffenen bleibt meist nichts anderes übrig, als langwierige  
11 Widerspruchsverfahren gegen die jeweiligen Stellen zu führen. Aber genau das ist  
12 ihnen aufgrund ihres persönlichen Hintergrundes (der Hilfebedürftigkeit) oft  
13 nicht möglich. Hier hilft oft nur Beratung durch Juristen oder andere Profis, um  
14 die Ansprüche durchzusetzen. Dies führt zu einer 2-Klassen Leistungsstruktur und  
15 ist konträr jeden Gedankens einer Demokratisch/Humanistischen Sozialpolitik.

#### 16 **Beschlussvorschlag:**

17 Die Landesdelegiertenversammlung möge beschließen:

18 Der Landesverband RLP von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN unternimmt die ihm möglichen  
19 Anstrengungen auf Bundesebene, die Forderung „Hilfegewährung vor Finanzklärung  
20 im SGB“ als wesentlichen Bestandteil der Weiterentwicklung der  
21 Sozialgesetzbücher aufzunehmen.

22 Gewährleisten soll dies eine unabhängige Clearingstelle, welche im Land  
23 verteilte wohnortnahe Büros unterhält, die das Anliegen der Antragsteller prüft  
24 und, sofern eine Förder- und oder Hilfeleistung im Gesetz verankert ist, diese  
25 auch bewilligen kann. Die daraus resultierende Kostenübernahme wird bewusst  
26 nachrangig geklärt und ist auch nicht die Aufgabe der Antragsteller.

### **Begründung**

Durch die Weiterentwicklung im SGB sind in den letzten Jahrzehnten neben den ursprünglichen Säulen der Kranken- und Rentenversicherung sowie der Sozialämter, die allesamt staatlich gesteuert wurden, mehr privatwirtschaftlich denkende Versicherer als Akteure erschienen. Zum Beispiel der Wettbewerb unter den Krankenkassen, die Pflegeversicherung etc.

Hier ist ein Markt entstanden, der anderen Kriterien unterliegt als der sinnvollen Versorgung von Menschen mit Hilfebedarf. Die gesetzlichen Grundlagen sind zwar im Anspruch und der Durchführung mitgewachsen und meist auf international guten Niveau, jedoch nur für das Klientel welches versteht, das jeweils ihm zustehende Recht zu ermitteln und durchzusetzen.

Aber auch aus volkswirtschaftlicher Sicht kann dem Bürger als Steuerzahler nicht zugemutet werden, dass aus seinen Steuer- und Sozialabgaben finanzierte Sozialsysteme bei bestimmten Leistungen gegeneinander prozessieren und dass während dessen Hilfen auf Eis liegen .

Zudem ist zu beobachten, dass im Bereich der GKV bewilligungspflichtige Hilfen per se abgelehnt werden und nach unbegründetem Widerspruch sehr häufig(> 60%) genehmigt werden. Dies ist ein Indiz der Leistungsverzögerung, gar der Verhinderung trotz Zuständigkeit.

## **Unterstützer\*innen**

Klaus Puchstein (KV Ahrweiler), Bernd Winter (KV Birkenfeld)



**A-3NEU** Diskriminierungsfreier und erleichterter Zugang zu Leistungen nach den Sozialgesetzbüchern

Antragsteller\*in: Martin Schmitt (KV Mayen-Koblenz), Daniel Köbler (KV Mainz), Ingrid Bäumler (KV Mayen-Koblenz), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz), Natascha Lentes (KV Mayen-Koblenz), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Uwe Weber (KV Mayen-Koblenz), Klaus Meurer (KV Mayen-Koblenz), Ruth Rebell (KV Mayen-Koblenz), Martina Grosvenor (KV Mayen-Koblenz), Markus Holzhäuser (KV Mayen-Koblenz), Carmen Bohlender (KV Mayen-Koblenz), Andreas Tryba (KV Mayen-Koblenz), Heide Schmitt (KV Mayen-Koblenz), Sabine Müller (KV Mayen-Koblenz), Monika Treis (KV Mayen-Koblenz), Claudia Laux (KV Bernkastel-Wittlich), Ute Wellstein (KV Mainz), Ruth Jaensch (KV Mainz), Ingrid Lambertus (KV Mainz), Nicole Besic-Molzberger (KV Koblenz)

Tagesordnungspunkt: 7. Anträge

- 1 Die gesetzlich festgeschriebenen sozialen Rechte werden immer öfter im
- 2 Verwaltungsverfahren missachtet. Das lässt sich am ungebrochenen Zuwachs an
- 3 Verfahren vor den Sozialgerichten ablesen. Ob es um die Vermittlung in Arbeit
- 4 geht, Leistungen der gesetzlichen Sozialversicherungen oder um die Gewährung von
- 5 Sozialleistungen: Wenn Menschen zu Fällen degradiert werden, werden keine
- 6 wirksamen und befriedigenden Lösungen erzielt.
  
- 7 Bürgerinnen und Bürger, die soziale Leistungen in Anspruch nehmen, müssen
- 8 zukünftig das Recht auf Wahlmöglichkeit haben. Sie sollen mitentscheiden können,
- 9 welche Maßnahmen und Hilfeleistungen für sie geeignet sind. Ziel ist die
- 10 Verankerung einer unabhängigen, allgemeinen Sozialberatung im Sozialgesetzbuch,
- 11 die insbesondere die Rechte der Bürgerinnen und Bürger nach §§ 17, 42, 43 SGB I
- 12 (zügige und diskriminierungsfreie Ausführung der Sozialleistungen,
- 13 Leistungspflicht der Kostenträger, Vorausleistungen im Verfahren, vorläufige
- 14 Leistungen) als Clearingstelle stärken soll.
  
- 15 Die LAG Soziales und Gesundheit wird beauftragt ein Konzept zur
- 16 Weiterentwicklung einer unabhängigen Clearingstelle auszuarbeiten und in die BAG
- 17 Arbeit, Soziales, Gesundheit und den Prozess der Erstellung des
- 18 Bundestagswahlprogramms einzubringen, das folgende Punkte konkretisiert:
  
- 19 • Weiterentwicklung der allgemeinen Sozialberatung zu einer unabhängigen
- 20 Erstberatungs- und Hilfestruktur als erste Anlaufstelle
  
- 21 • Die Beratungsstelle soll bei der rechtlich einwandfreien Antragstellung
- 22 bei dem jeweiligem Leistungserbringer unterstützen und die fristgerechte
- 23 Bearbeitung und Entscheidung durch den Kostenträger kontrollieren.
  
- 24 • Bei unklaren Zuständigkeiten oder Überschneidungen zwischen verschiedenen
- 25 Leistungsträgern ist durch die unabhängigen Clearingstelle eine zeitnahe
- 26 und pragmatische Lösung zu erzielen. Die Antragsteller\*in ist mit ihren
- 27 Wünschen zu berücksichtigen.
  
- 28 • Die unabhängige allgemeine Sozialberatung muss nach bundesweit
- 29 einheitlichen Kriterien teilhabeorientiert arbeiten. Leichte Sprache,
- 30 Gebärdensprache und andere Dolmetscher sowie aufsuchende Beratung beispielsweise
- 31 müssen den Menschen überall zur Verfügung stehen.

## Begründung

erfolgt mündlich

## **W-3** Wahlverfahren zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: 8. Wahlversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017

1 Im **ersten Wahlgang** ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen  
2 Stimmen erhält (absolute Mehrheit).

3 **Zweiter Wahlgang**, falls absolute Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht  
4 wurde:

- 5 • Es können alle BewerberInnen teilnehmen, die mindestens 10% der  
6 abgegebenen gültigen Stimmen aus dem ersten Wahlgang erreicht haben, z.B.  
7 bei 200 abgegebenen gültigen Stimmen bedarf es zur Teilnahme am zweiten  
8 Wahlgang 20 Stimmen. Sollten weniger als zwei BewerberInnen mehr als 10  
9 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinen, wird der erste  
10 Wahlgang wiederholt.
- 11 • Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen  
12 erhält.

13 **Dritter Wahlgang:**

- 14 • Es erfolgt eine Abstimmung zwischen den zwei BewerberInnen, die im zweiten  
15 Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben.
- 16 • Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen  
17 erhält .
- 18 • Erhält keiner der beiden BewerberInnen diese Mehrheit, erfolgt ein vierter  
19 Wahlgang

20 **Vierter Wahlgang** (Stichwahl):

- 21 • Es erfolgt eine erneute Abstimmung zwischen den zwei BewerberInnen aus dem  
22 dritten Wahlgang.
- 23 • Gewählt ist, wer die relative Mehrheit der Ja-Stimmen erhält; dabei gilt,  
24 dass die Zahl der Ja-Stimmen für den/die BewerberIn höher sein muss, als  
25 Nein-Stimmen und Enthaltungen (Rechenbeispiel: 100 abgegebene gültige  
26 Stimmen, KandidatIn A 42 Stimmen, Kandidat B 20 Stimmen, Nein und  
27 Enthaltungen 38 Stimmen • KandidatIn A ist gewählt; A erhält 40, B 18  
28 Stimmen, es gibt 20 Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen • A ist nicht  
29 gewählt)
- 30 • Sollte auch hier keinE BewerberIn gewählt werden, erfolgt die komplette  
31 Neuwahl des Listenplatzes in einem neuen ersten Wahlgang.

32 **Stimmengleichheit:**

33 Haben mehrere KandidatInnen die gleiche Stimmenanzahl wird maximal zwei Mal eine  
34 Stichwahl durchgeführt, sollte es also insgesamt drei Mal eine Stimmengleichheit  
35 geben, entscheidet das Los.

36 **Verbundene Einzelwahl:**

37 Die Wahlversammlung kann auf Antrag die verbundene Einzelwahl beschließen.  
38 Voraussetzung ist, dass es für die Listenplätze jeweils nur eine/n KandidatIn  
39 gibt. Sollte ein Kandidat in der verbundenen Einzelwahl nicht die erforderliche  
40 Mehrheit erreichen, so findet ab dem nicht besetzten Platz ein erneuter Wahlgang  
41 mit verbundener Einzelwahl statt.

## Begründung

erfolgt mündlich

## **W-3NEU** Wahlverfahren zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017

Antragsteller\*in: Landesvorstand

Tagesordnungspunkt: 8. Wahlversammlung zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2017

### 1 **§ 1 [Allgemeine Regeln]**

2 Kandidaturen sind bis zum Schluss der BewerberInnenliste durch den/ die  
3 WahlleiterIn möglich. Diese ist spätestens zu Beginn der jeweiligen  
4 Vorstellungsrunde zu schließen.

### 5 **§ 2 [Regelung für Vorstellungen]**

- 6 1. Die BewerberInnen haben je insgesamt 10 Minuten Redezeit, davon 8 für ihre  
7 Vorstellungsrede und 2 Minuten zur Beantwortung von Fragen.
- 8 2. Die Vorstellungsreden erfolgen in alphabetischer Reihenfolge der Nachnamen  
9 der BewerberInnen.
- 10 3. An die BewerberInnen können nach ihren Vorstellungsreden Fragen gestellt  
11 werden. Fragen können für die jeweiligeN BewerberInnen während diese ihre  
12 Vorstellungsrede halten in die Wortmeldeboxen eingeworfen werden.
- 13 4. Für die Fragen an die BewerberInnen müssen die vorbereiteten Frage-  
14 Formulare benutzt werden. Fragen richten sich immer an einzelne  
15 BewerberInnen, wer Fragen an mehrere BewerberInnen stellen will, muss  
16 dementsprechend mehrere Frageformulare ausfüllen.
- 17 5. Für jedeN BewerberIn werden bis zu 3 Fragen ausgelost.
- 18 6. Die ausgelosten Fragen werden vom Präsidium vorgelesen.
- 19 7. Zur Beantwortung stehen jedem/jeder BewerberIn insgesamt 2 Minuten  
20 Redezeit zur Verfügung. Die Beantwortung der Fragen erfolgt in umgekehrter  
21 alphabetischer Reihenfolge.

### 22 **§ 3 [Ablauf der Wahlen]**

23 Im **ersten Wahlgang** ist gewählt, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen  
24 Stimmen erhält (absolute Mehrheit).

25 **Zweiter Wahlgang**, falls absolute Mehrheit im ersten Wahlgang nicht erreicht  
26 wurde:

- 27 • Es können alle BewerberInnen teilnehmen, die mindestens 10% der  
28 abgegebenen gültigen Stimmen aus dem ersten Wahlgang erreicht haben,  
29 z.B. bei 200 abgegebenen gültigen Stimmen bedarf es zur Teilnahme am  
30 zweiten Wahlgang 20 Stimmen. Sollten weniger als zwei BewerberInnen mehr  
31 als 10 Prozent der abgegebenen gültigen Stimmen auf sich vereinen, wird  
32 der erste Wahlgang wiederholt.
- 33 • Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen  
34 erhält.

35 **Dritter Wahlgang** (Stichwahl):

- 36 • Es erfolgt eine Abstimmung zwischen den zwei BewerberInnen, die im zweiten  
37 Wahlgang die meisten Stimmen erhalten haben.
- 38 • Gewählt ist, wer die absolute Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen  
39 erhält.
- 40 • Erhält keiner der beiden BewerberInnen diese Mehrheit, erfolgt ein vierter  
41 Wahlgang

42 **Vierter Wahlgang (Stichwahl):**

- 43 • Es erfolgt eine erneute Abstimmung zwischen den zwei BewerberInnen aus dem  
44 dritten Wahlgang.
- 45 • Gewählt ist, wer die relative Mehrheit der Ja-Stimmen erhält; dabei  
46 gilt, dass die Zahl der Ja-Stimmen für den/die BewerberIn höher sein muss,  
47 als Nein-Stimmen und Enthaltungen (Rechenbeispiel: 100 abgegebene gültige  
48 Stimmen, KandidatIn A 42 Stimmen, Kandidat B 20 Stimmen, Nein und  
49 Enthaltungen 38 Stimmen • KandidatIn A ist gewählt; A erhält 40, B 18  
50 Stimmen, es gibt 20 Nein-Stimmen und 22 Enthaltungen • A ist nicht  
51 gewählt)
- 52 • Sollte auch hier keinE BewerberIn gewählt werden, erfolgt die komplette  
53 Neuwahl des Listenplatzes in einem neuen ersten Wahlgang.

54 **Stimmengleichheit:**

55 Haben mehrere KandidatInnen die gleiche Stimmenanzahl wird maximal zwei Mal eine  
56 Stichwahl durchgeführt, sollte es also insgesamt drei Mal eine Stimmengleichheit  
57 geben, entscheidet das Los.

58 **Verbundene Einzelwahl:**

59 Die Wahlversammlung kann auf Antrag die verbundene Einzelwahl beschließen.  
60 Voraussetzung ist, dass es für die Listenplätze jeweils nur eine/n KandidatIn  
61 gibt. Sollte ein Kandidat in der verbundenen Einzelwahl nicht die erforderliche  
62 Mehrheit erreichen, so findet ab dem nicht besetzten Platz ein erneuter Wahlgang  
63 mit verbundener Einzelwahl statt.

## Begründung

erfolgt mündlich.

## **D-1** Unterstützung von Christoph Butterwegge bei Bundespräsidentenwahl

Antragsteller\*in: GRÜNE JUGEND Rheinland-Pfalz, Joschka Brodbeck (KV Bad Dürkheim), Benjamin Buddendiek (KV Koblenz), Ellen Sauer (KV Rhein-Hunsrück), Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Haureh Hussein (KV Trier), David Tondera (KV Koblenz), Kevin Lenz (KV Altenkirchen), Julian Sauther (KV Ludwigshafen), Nicklas Pfeiffer (KV Landau), Milan Sünhold (KV Altenkirchen), Klaus Christmann (KV Bad Dürkheim), Maurice Kuhn (KV Rhein-Pfalz), Laura Schulz (KV Mainz- Bingen), Ibrahim Yetkin (KV Ludwigshafen), Nesrin Akpinar (KV Ludwigshafen), Johannes Wiegel (KV Trier), Natascha Lentes (KV Mayen-Koblenz), Thorsten Kretzer (KV Trier), Laura Martin Martorell (KV Koblenz), Hannah Meyer (KV Vulkaneifel), Jennifer Werthwein (KV Ludwigshafen), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz), Matthias Kaißling (KV Mayen Koblenz)

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedenes

- 1 Ein Bundespräsident Steinmeier, der u.a. maßgeblich verantwortlich ist für die
- 2 weiter Inhaftierung des erwiesenermaßen unschuldigen Murat Kurnaz im
- 3 Gefangenenlager Guantanamo lehnen wir ab.
- 4 Christoph Butterwegge stellt hier eine gute Alternative dar.
- 5 Die Landesdelegiertenversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz ruft
- 6 daher die GRÜNEN Mitglieder der Bundesversammlung aus Rheinland-Pfalz dazu auf,
- 7 den renommierten Armutsforscher und Kölner Professor für Politikwissenschaft
- 8 Prof. Dr. Christoph Butterwegge zu unterstützen.

## **Begründung**

erfolgt mündlich

### Begründung der Dringlichkeit:

Frank-Walter Steinmeier wurde am 14.11.2016 als Kandidat von CDU, CSU und SPD vorgestellt. Christoph Butterwegge wurde am 21.11. 2016 als Kandidat vorgestellt.

Antragsfrist für die LDV war der 05.11.2016, somit bezieht sich der Antrag auf Ereignisse die nach der Antragsfrist eingetreten sind.

### **D-3** Afghanistan – kein sicheres Land für Flüchtlinge

Antragsteller\*in: Anne Spiegel (KV Speyer), Daniel Köbler (KV Mainz), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Andreas Hartenfels (KV Kusel), Eva Pestemer (KV Vulkaneifel), Jutta Blatzheim-Roegler (KV Bernkastel-Wittlich), Eveline Lemke (KV Ahrweiler), Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Nicole Besic-Molzberger (KV Koblenz), Sven Dücker (KV Trier), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Tobias Lindner (KV Germersheim), Irene Alt (KV Mainz-Bingen) Gunther Heinisch (KV Mainz), Elias Weinacht (KV Rhein-Pfalz), Sylvia Köbler-Gross (KV Mainz), Lisett Stuppy (KV Donnersberg), Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Ann Kristin Pfeifer (KV Mainz), Paul Bunjes (KV Kaiserslautern-Stadt), Jonas-Luca König (KV Neustadt a.d.W.), Stefan Thome (KV Kaiserslautern-Stadt), Carsten Jansing (KV Rhein-Lahn)

Tagesordnungspunkt: 11. Verschiedenes

1 Die Zahl der getöteten oder verletzten Zivilist\*innen in Afghanistan hat im  
2 ersten Halbjahr 2016 mit vier Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum einen neuen  
3 Höchststand erreicht. Von Januar bis Juni hat es nach Angaben der UN-Mission in  
4 Afghanistan (Unama) insgesamt 1601 getötete und 3565 verletzten Zivilist\*innen  
5 gegeben. Nach einem Quartalsbericht des Special Inspector General for  
6 Afghanistan Reconstruction (SIGAR) der US-Regierung für den US-Kongress sind im  
7 Krieg in Afghanistan allein von Januar bis zum 28. August 2016 insgesamt 5.523  
8 afghanische Soldaten getötet und 9.665 Soldaten verwundet worden. Zudem  
9 kontrolliert der Staat nur 258 von 407 Bezirken. 33 Bezirke stehen unter  
10 aufständischer Kontrolle oder Einfluss und 116 Bezirke sind umkämpft.  
11 Hinzukommen regelmäßige Terroranschläge mit Toten und Verletzten, wie zuletzt  
12 auf das deutsche Generalkonsulat.

13 Dies ist nicht nur eine Verschlechterung der Opferzahlen gegenüber den  
14 Vorjahren, sondern es ist auch festzustellen, dass sich die Gewalt von  
15 Anschlägen hin zu konkreten Kampfhandlungen deutlich verlagert hat. Eine  
16 Verbesserung der Situation hat sich bis heute nicht eingestellt. Im Gegenteil:  
17 Das von den Taliban kontrollierte Gebiet hat sich in den letzten Jahren  
18 vergrößert.

19 In Deutschland leben ca. 250.000 afghanische Staatsbürger\*innen. Davon wurden im  
20 letzten Jahr 27 Asylbewerber\*innen abgeschoben. Die zwangsweise Rückführung  
21 wurde bisher nur in Einzelfällen durchgeführt, hierbei handelt es sich vor allem  
22 um straffällig gewordene Menschen. Nun strebt Bundesinnenminister Thomas de  
23 Maiziere (CDU) an, ca. 12.000 Afghan\*innen in das Bürgerkriegsland abzuschieben.  
24 Der baden-württembergische Innenminister Strobl (CDU) fordert gar eine generelle  
25 Abschiebung nach Afghanistan.

26 Während der Bundesinnenminister die Sicherheitslage in Afghanistan für  
27 ausreichend hält, um dorthin abzuschieben, wird diese Einschätzung nach  
28 Presseberichten nicht einmal von der Arbeitsebene des nachgeordneten Bundesamtes  
29 für Migration und Flüchtlinge geteilt. Die Bundesregierung widerspricht sich  
30 selbst, was die Beurteilung der Sicherheitslage in Afghanistan angeht. Das  
31 Außenministerium spricht von einer nicht kalkulierbaren Lage außerhalb von  
32 Kabul, vor Reisen nach Afghanistan wird „dringend gewarnt“.

33 Eine Rückführung in Kriegsregionen, wie sie De Maiziere vorschlägt, ist nicht  
34 „behutsam“, sondern absolut inhuman. Er setzt hier Leben von Menschen einem



35 Risiko aus, das niemand abschätzen kann. Dies ist absolut unverantwortlich und  
36 verstößt gegen die Menschenrechte und die Grundsätze unserer Verfassung. Die  
37 Abgeschobenen würden in Afghanistan dem Risiko der Verfolgung und weiteren  
38 Gefahren für Leib und Leben ausgesetzt.

39 Wir unterstützen, dass die Aussetzung der Abschiebung afghanischer  
40 Staatsangehöriger in Rheinland-Pfalz in besonders rechtsstaatlicher und humaner  
41 Weise umgesetzt wird. Wir werden uns auch weiterhin gemeinsam dafür einsetzen,  
42 dass die Anerkennung als Asylberechtigte, die Zuerkennung der  
43 Flüchtlingseigenschaft, die Gewährung subsidiären Schutzes und die Feststellung  
44 von Abschiebeverboten für Flüchtlinge aus Afghanistan beachtet und nicht  
45 missachtet werden. Wir fordern vor dem Hintergrund der unübersichtlichen  
46 politischen Lage in Afghanistan das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge auf,  
47 den Status von Asylbewerber\*innen besonders sorgfältig zu prüfen, auch bezüglich  
48 geschlechtsspezifischer Verfolgung, und den Flüchtlingen aus Afghanistan den  
49 entsprechenden Schutzstatus anzuerkennen.

50 Abschiebungen sind in einem Rechtsstaat nur als äußerstes Mittel zulässig. Sie  
51 sind inhuman und teuer. In Rheinland-Pfalz setzen wir deshalb auf die Beratung  
52 zur freiwilligen Rückkehr und sind damit sehr erfolgreich: Neun von zehn  
53 vollziehbar Ausreisepflichtigen verlassen das Land ohne die Tortur einer  
54 Abschiebung. Dies zeigt deutlich: Wir brauchen in Deutschland eine humane  
55 Flüchtlings-, Zuwanderungs- und Integrationspolitik und keine schärfere  
56 Abschiebepaxis.

## Begründung

Begründung der Dringlichkeit: Nachdem es bislang länderübergreifender Konsens war, von Abschiebungen nach Afghanistan in der Regel abzusehen, ist diesbezüglich in den vergangenen Wochen in zweierlei Hinsicht eine höchst widersprüchliche Entwicklung in Gang gekommen: Einerseits haben die neuesten Ereignisse in Afghanistan sowie aktuelle Einschätzungen zur Sicherheitslage drastisch vor Augen geführt, dass die Situation im Land eine erweiternde Abschiebepaxis nicht zulässt. Andererseits mehren sich die Forderungen und Vorstöße, groß dimensionierte Abschiebungen nach Afghanistan aufzunehmen. Dies macht eine klare politische Positionierung unseres grünen Landesverbands erforderlich.

Am 27. 11.2006 erschien die Forderung des baden-württembergischen Innenministers Strobl (CDU) nach einer generellen Abschiebung – auch kranker – Flüchtlinge nach Afghanistan. Am 30. 11.2016 forderte Bundesinnenminister de Maiziere zum Abschluss der Innenministerkonferenz in Saarbrücken eine „nationale Kraftanstrengung für eine bessere Rückführung“ und strebt groß angelegte Abschiebungen nach Afghanistan an. Diese Forderungen und Absichtsbekundungen schlagen sich auch in den Beschlüssen des CDU-Bundesparteitags vom 6./7. Dezember 2016 nieder, in denen die Initiativen des Bundesinnenministers für eine Verschärfung der Abschiebepaxis und ihrer rechtlichen Grundlagen begrüßt werden.

Nicht zuletzt der Anschlag auf das deutsche Generalkonsulat am 10.11.2016 im zuvor als vergleichsweise sicher geltenden Masar-e Scharif hat gezeigt, dass die Annahme sicherer Gebiete in Afghanistan, die eine Abschiebung erlauben würden, nicht zutrifft. Bei dem Anschlag wurden sechs Menschen getötet und mindestens 128 Personen verletzt, darunter 19 Frauen und 38 Kinder.

Alle genannten Ereignisse datieren nach Antragschluss. Vor diesem Hintergrund ist eine Positionierung des grünen Landesverbands dringlich.

Begründung: erfolgt mündlich.